

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Gesellschaft verändern statt reparieren

Karl Blecha

Die Sozialdemokratie nach dem Dritten Weg

Matthias Micus

Did things really get better?

Alexander Gallas

Innerparteiliche Demokratie in drei sozialdemokratischen Parteien

Oliver Zwickelsdorfer

Quo vadis Sozialdemokratie?

Armin Puller

SPIELE DER STADT
WIEN MUSEUM



WAS DIE »ZUKUNFT« JETZT BRAUCHT IST SOLIDARITÄT!

Das waren schwere Monate für die »Träger« der »Zukunft« – der unsere Zeitschrift bisher betreuende Verlag besteht nicht mehr, der sie verbreitende Vertrieb hat ihr die Zusammenarbeit aufgekündigt, die SPÖ hat sich - als Folge des neuen Transparenz-Gesetzes – völlig aus der »Zukunft« zurückgezogen.

Dass die letzten drei Ausgaben der »Zukunft« überhaupt erscheinen konnten ist nur der Bereitschaft der »Gesellschaft für sozialdemokratische Medienpolitik (GSM)« zu verdanken, die Druckkosten dieser Hefte finanzierte. Das ist ja auch die wichtigste ihrer Aufgaben – nämlich den sehr überschaubaren gewordenen Rest sozialdemokratischer Medienpräsenz zu unterstützen, wobei sie sich schon seit vielen Jahren auf die »Zukunft« konzentriert.

In hektischen und nicht immer erfolgreichen Bemühungen haben wir uns in diesen drei Monaten zudem darauf konzentriert, die »Zukunft« auf eine neue, sichere Basis zu stellen. Einen Verlag zu finden, der die Verwaltung der »Zukunft« – von der Anzeigen-Werbung bis zum Inkasso der Abonnement-Gebühren – übernimmt. Den Weiterbestand jener Struktur sicherzustellen, die – neben der völlig unbezahlt tätigen Redaktion – die Fertigstellung der monatlichen Hefte gewährleistet. Die Partnerschaft mit dem BSA auch unter den neuen Bedingungen aufrecht zu erhalten. Jetzt sind wir sicher eine tragfähige Lösung für die Probleme der »Zukunft« gefunden zu haben, die in den nächsten Wochen finalisiert sein wird.

Nicht nur die schwierigen Monate der Neuordnung waren nur möglich, weil die GSM die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellte,

auch das neue Modell wird einen größeren Mitteleinsatz der GSM erfordern. Und diese Mittel müssen wir erst aufreiben.

Wer, wenn nicht die Abonnenten der »Zukunft« sollten dazu beitragen. Die, die daran interessiert sind, dass die Zeitschrift, die sie schätzen, weiter erscheinen kann. Die, die hoffentlich auch dazu beitragen, dass politische Interessierte in ihrem Umfeld zu Abonnenten der »Zukunft« werden. Und die jetzt die Möglichkeit nutzen sollten, selbst einen größeren Beitrag zur Absicherung der »Zukunft« zu leisten als nur das Abonnement zu bezahlen.

Viele unserer Leser haben sich schon zu diesem Schritt entschlossen: Nämlich selbst Mitglied der GSM zu werden und durch ihren Mitgliedsbeitrag (von jährlich € 120,-) zu helfen, finanzielle Engpässe bei der »Zukunft« auszugleichen. Die »Zukunft« gibt es für GSM-Mitglieder als Dankeschön gratis.

Und viele unserer Leser haben sich immer wieder erfolgreich als Werber für die »Zukunft« betätigt.

Um beides bitten wir nun. Deshalb sind unten zwei Formulare zu finden: Zum eigenen Gebrauch eine Beitrittserklärung zur GSM und – für Freunde, Bekannte, Genossinnen und Genossen – einen Bestellschein für ein »Zukunft«-Abonnement.

Es geht um die Zukunft der »Zukunft« Bitte helfen Sie mit, diese sicherzustellen.

Beitrittserklärung

Bitte einsenden an:
GSM, z.Hd. Helmut Fiala
1014 Wien, Löwelstraße 18

Als Abonnent der »Zukunft« trete ich der »Gesellschaft für sozialdemokratische Medienpolitik (GSM)« bei. Der Jahresbeitrag beträgt € 120,- und enthält ein Gratis-Abonnement der »Zukunft«.

Name:

Adresse (gewünschte Zustelladresse):
.....
.....

e-mail-Adresse:
.....

.....
(Datum, Unterschrift)

Bestellschein

Bitte einsenden an:
Redaktion »Zukunft«
p.A. BSA
1010 Wien, Landesgerichtsstraße 16

Ich bestelle ein Jahres-Abonnement der »Zukunft« zum Preis von € 44,-.

Name:

Adresse (gewünschte Zustelladresse):
.....
.....

e-mail-Adresse:
.....

.....
(Datum, Unterschrift)

EDITORIAL

Zu Redaktionsschluss ist die Debatte um die Volksbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer erstmals richtig in Gang gekommen und gleichzeitig in die heiße Phase eingetreten. Die von zwei Landeshauptleuten in Wahlkampfzeiten initiierte und von einer Bundesregierung im U-Ausschuss-Stress ausgerufene Volksbefragung wird aber wohl so oder so nicht als leuchtendes Vorbild für gelebte direkte Demokratie in die Geschichte eingehen: Zu offensichtlich fehlte bis zuletzt eine ernsthafte und fundierte Auseinandersetzung mit der abzustimmenden Sachfrage, zu unklar blieb auch, warum es angesichts von Wirtschaftskrise, Ungleichverteilung, und europaweitem Politfrust ausgerechnet jetzt eine Entscheidung über das Wehrsystem braucht, obwohl noch nicht einmal Klarheit über die zugrunde liegende strategische Ausrichtung der österreichischen Verteidigungspolitik besteht.

Ob sich der Meinungsaustausch der beiden Regierungsteile zumindest taktisch ausgezahlt hat, wird sich in den nächsten Wochen und Monaten weisen, das Fundament politischen Erfolgs ruht aber letztlich auf klarer und glaubwürdiger Positionierung.

Fünf Autoren beschäftigen sich in dieser Ausgabe daher mit verschiedenen Aspekten programmatischer Grundsatzarbeit und innerparteilicher demokratischer Prozesse im Kontext sozialdemokratischer Politik:

Karl Blecha, Koordinator des auf dem jüngsten Parteitags beschlossenen **Programmprozesses**, liefert einen Ausblick auf die Leitlinien eines neuen sozialdemokratischen Parteiprogramms: Er plädiert für ein **Programm der Gesellschaftsänderung**, nicht der Gesellschaftsreparaturen: **Gesellschaftliche und wirtschaftliche Machtzentren**, die sich in den letzten Jahren dem staatlichen Einfluss entzogen hätten, müssten wieder der demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Die spö müsse auf Grundlage einer Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft dafür ein Programm entwerfen, das Anstöße auch für die **gesamteuropäische Linke** enthalte.

Matthias Micus verortet in seinem Beitrag das Fehlen **mobilisierender Politiken** und **konkreter**, mit der prakti-

schen Politik in glaubwürdigen Zusammenhang gebrachter, **»Utopien«** als Ursache für das noch ausgebliebenen »Trittfassen« der europäischen Sozialdemokratie nach dem Scheitern des Dritten Wegs. Sehr ausführlich setzt er sich auch mit dem politischen Zusammenhang von **Organisationskonzepten** in sozialdemokratischen **Parteireformen** auseinander.

Der britischen Labour Party kam über Jahrzehnte eine Art Vorreiterrolle zu, im Positiven wie im Negativen: Gerade deshalb ist die von **Alexander Gallas** in seinem Beitrag vorgenommene Analyse der programmatischen und politischen **Entwicklung der Labour Party** unter ihrem neuen Vorsitzenden **Ed Miliband** von allgemeiner Bedeutung für die Sozialdemokratie.

Berührungs- und Diskussionspunkte mit Matthias Micus ergeben sich im Beitrag von **Oliver Zwickelsdorfer**, der sich mit **Fragen innerparteilicher Demokratie** am Beispiel der britischen, französischen und italienischen Sozialdemokratie auseinandergesetzt hat.

Das Spannungsfeld zwischen dem Festhalten an Kernpunkten des »Dritten Wegs« und Versuchen einer **Neuorientierung** prägt die aktuelle Situation sozialdemokratischer Parteien in Europa. **Armin Puller** skizziert die dominanten parteiinternen **Aufarbeitungen** des »Dritten Wegs« und betont die Notwendigkeit einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit dieser Phase **als Voraussetzung** für die Entwicklung **eines neuen Kurses**.

Nach den **Buchtipps** rundet **Markus Marterbauer** das Heft mit Argumenten zur ökonomischen und sozialen Sinnhaftigkeit eines Ausbaus des **sozialen Wohnbaus** ab.

Wir wünschen einen guten Start ins neue Jahr!

Inhalt



GLÜCKSNUMMERNSPIEL »KAKELORUM«, 19. JAHRHUNDERT
© WIEN MUSEUM

Schwerpunkt

**Welchen Weg nehmen wir? –
Sozialdemokratische Programmarbeit**

6 Gesellschaft verändern statt reparieren

VON KARL BLECHA

14 Die Sozialdemokratie nach dem Dritten Weg

VON MATTHIAS MICUS

24 Did things really get better?

VON ALEXANDER GALLAS

**34 Innerparteiliche Demokratie in drei
sozialdemokratischen Parteien**

VON OLIVER ZWICKELSDORFER

42 Quo vadis Sozialdemokratie?

VON ARMIN PULLER

48 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

50 Den sozialen Wohnbau ausweiten!

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Gesellschaft verändern statt reparieren

Der letzte Bundesparteitag hat die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms beschlossen. Karl Blecha, Koordinator des Programmprozesses, stellt erste Eckpunkte dar und diskutiert mögliche Leitideen.

Parteitag der SPÖ, Oktober 2012. Im Vorfeld verlangten junge Sozialdemokraten/innen vehement die Reform der Sozialdemokratischen Partei, neue Formen der Entscheidungsfindung in der Partei und eine der Tradition und Gesellschaftsveränderung verpflichtende sozialdemokratische Politik, die sichtbar von den aktualisierten Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität bestimmt wird. Der Parteitag beschloss die Ausarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms und neuer Statuten.

Der Startschuss für einen Programmprozess wurde abgefeuert. Er soll neben der Analyse der Gegenwartsgesellschaft vor allem Lösungsvorschläge zur Änderung dieser Gesellschaft auf der Grundlage der Meinungen, der interessierten Anhänger/innen der österreichischen Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, der Jugend- und Vorfeldorganisationen, der fortschrittlichen auch parteiungebundenen Intellektuellen und Künstler/innen unseres Landes hervorbringen.

DER DEMOKRATISCHE PROGRAMMPROZESS

Dieser Startschuss erfolgte gerade noch rechtzeitig. Die Sozialdemokratie in Österreich und die Linken in ganz Europa müssen endlich die Alternativen zu einer aus den Fugen geratenen, vom Neoliberalismus und einer globalisierten Wirtschaft beherrschten Welt vorstellen.

In der ersten Phase des Prozesses sollen Ideen gesammelt, die Grundsätze der Sozialdemokratie aktualisiert und Wege zu einer Lösung der brennendsten Probleme der Gegenwart beispielhaft dargestellt werden. Wir brauchen ein Programm, das reformistisch und systemverändernd zugleich ist. Keine Anleitung für Gesellschaftsreparaturen, sondern einen Wegweiser

zur Gesellschaftsänderung. Wir wollen den Entwurf, der auf den Stand des Wissens unserer Zeit und einer genauen Analyse der Welt, in der wir leben, formuliert wird, einer breiten Diskussion unterziehen. Das Endprodukt soll die Wünsche und Hoffnungen, Überzeugungen und Einstellungen jener Menschen abbilden, die die Sozialdemokratie in Österreich zum Siege führen müssen.

Diese erste Phase passt gut in das Wahljahr 2013. Das Wahlprogramm der SPÖ muss konkrete Forderungen enthalten, die sich mit den Grundwerten Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität verbinden lassen. Diese Grundwerte müssen aber im Lichte neuester gesellschaftlicher Entwicklungen präziser formuliert werden. Durch diese Diskussionsphase soll soziales und politisches Engagement mobilisiert werden. Im Wahljahr lässt sich auch der Umgang mit den neuen digitalen Formen der Meinungs- und Bewusstseinsbildung erproben. Diese Erprobung ist unerlässlich, weil nach der Nationalratswahl mit diesen Kommunikationsmitteln die politische Partizipation, die Entscheidungsfindung und die Ausschöpfung kreativer Potenziale für den Programmprozess massiv unterstützt werden soll.

DIE WELT, IN DER WIR LEBEN

Es hilft wenig, immer wieder festzustellen, dass der Casino-Kapitalismus in Scherben zerbrochen ist. Seine Exponenten haben mit ihrer Gier nach immer höheren Renditen Produktivität und Innovation der Realwirtschaft zu Restgrößen verkümmern lassen. Aber diese Exponenten sitzen nicht hinter Gittern, sondern noch immer in den Vorstandsetagen der Banken und wichtiger Zentren des Finanzkapitals und lassen sich so, als wäre nichts geschehen, wieder fette Bonifikationen auszahlen. Sie lassen gekaufte Medien den folgenschweren

Unsinn des Monetarismus weiterverbreiten, dass die Märkte dereguliert, die Staaten aber an feste Regeln gebunden werden müssen. Der Deregulierungs-Wettbewerb geht ungebremst weiter, setzt Marktkräfte frei und beschleunigt die Umverteilung von unten nach oben.

Die Marktkräfte erhöhen den Drang nach Gewinnmaximierung und erzwingen höhere Flexibilität, die den Abbau von Arbeitsplätzen und die Reduktion von Löhnen und Gehältern einschließt. Wohlhabende Minderheiten, gestützt auf die Vertreter des Finanzkapitals regieren die Welt. Sie fühlen sich sicher, weil sie alles erreichen, was sie wollen.

So hat in Europa die Staatengemeinschaft eine vollständige Risikoübernahme beschlossen, die nur ein Ziel hatte: Die Rettung der Banken. Diese aber wird zielgerichtet verteuert durch Rating-Agenturen, die im Besitz amerikanischer Anleger sind. Sie verschärfen die Schuldenkrise und beschädigen neuerdings mit ihren Ratings auch Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Die Welt hat vergessen, dass die amerikanische Immobilienblase von den Bewertungen dieser bis heute nicht zur Verantwortung gezogenen Rating-Agentur entstand. Heute kichern sie über die faktische Garantie der Europäischen Gemeinschaft für die Banken, weil das eine Unsterblichkeitserklärung ist, die durch Finanzspritzen, staatliche Bad-Banks, staatliche Beteiligung oder auch durch Vollverstaatlichung verwirklicht werden muss. Die EZB nimmt das Risiko von Staatspleiten auf sich und das Finanzkapital bleibt weltweit ungeschoren.

Zwischen Ende 2008 und Ende 2011 hat die EU-Kommission 4,5 Billionen Euro bzw. 37% des EU-Bruttoinlandsprodukts an Beihilfen für Finanzinstitute bewilligt. Das in einer Zeit, in der die gleiche EU-Kommission einen kollektiven Sparzwang verordnet hat, der die vorhandene Krise verstärken und mit dem Zwang zum Schuldenabbau auf eine 60%-Quote den Sozialstaat in vielen Mitgliedsländern beschädigen wird. Die gleiche Kommission hat unter dem Druck des so-

zialistisch regierten Frankreichs einen Wachstumspakt als Anhängsel zu dem Fiskalpakt genehmigt, der mit 120 Milliarden dotiert wird. Es stehen 4,5 Billionen für Bankenbeihilfe gegen 120 Milliarden für Wachstum und Beschäftigung in Europa. Das ist ein Verhältnis von 37,5 zu 1!

DIE UNGLEICHHEIT WÄCHST

Heute ist es Gewissheit: Die Armen werden ärmer, die Reichen werden reicher, die Gewinne steigen, Löhne und Gehälter stagnieren, die Lohnquoten sinken, die Pensionen werden real gekürzt, die Arbeitslosigkeit steigt, der Sozialstaat wird vielerorts abgebaut. Immer mehr Menschen erkennen, wie ungerecht die Lasten verteilt sind, wie die Ungleichheit wächst, in vielen europäischen Ländern fühlen sie sich betrogen und belogen von regierenden Parteien. Sie reagieren mit Politikverdrossenheit, mit Unterstützung neuer Protestbewegungen oder mit der Unterstützung rechtsextremer Populisten. Der Kampf gegen die ausufernde Ungleichheit wird zu einem zentralen Thema der Sozialdemokratie.

In den USA sind die Einkommen der Superreichen, die bloß 0,1% der Bevölkerung ausmachen, seit den 80er-Jahren um 500% gestiegen, die Durchschnittseinkommen um 20%. Nach einem Spezialbericht des »Economist« vom Oktober 2012 sind seit der Krise 2008/09 alle Einkommenszuwächse, die es gegeben hat, ausschließlich vom reichsten Prozent in den USA lukriert worden.

UND IN ÖSTERREICH? DIE SITUATION IST ÄHNLICH.

Ende 2011 gab es in Österreich 72.100 Millionäre – das entspricht 0,85% der Bevölkerung. Sie besitzen 223 Milliarden Euro oder ein Drittel (33%) des Finanzvermögens im Land (Finanzvermögen ohne eigengenutzte Immobilien). 300 Ultrareiche besitzen 450 Milliarden Euro. Die wohlhabendsten zehn Prozent besitzen zusammen zwei Drittel des Finanzvermögens im Land. Die reichsten zehn Familien verfügen über 68,6 Milliarden Euro und sind seit dem Vorjahr um 5 Milliar-

den Euro schwerer geworden. Ihre Vermögen mehren sich im Schnitt um acht bis zehn Prozent pro Jahr und damit dreimal schneller als die Gesamtwirtschaft.

Das private Gesamtvermögen in Österreich wird auf mehr als 1.300 Milliarden Euro geschätzt. Es besteht aus Immobilien (Häuser, Wohnungen und Grund), Geld- bzw. Finanzvermögen (Spareinlagen, Wertpapiere, Unternehmensbeteiligungen) und weiterem Sachvermögen (wie Autos, Kunstwerke etc.) und ist sehr ungleich verteilt. Die vermögendsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügen über mehr als zwei Drittel des gesamten privaten Reichtums. Allein das reichste eine Prozent hat mit knapp 34% einen größeren Anteil als 90% der Bevölkerung, die insgesamt nur über 31,7% verfügen.

Weniger als 0,01 Prozent (also ein Zehntausendstel) der österreichischen Bevölkerung verfügen laut »Global Wealth Report 2011« (Boston Consulting Group) zusammen über ein verwaltetes Privat-Finanzvermögen, das größer ist, als die gesamte Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt) Österreichs in einem Jahr. Die Zahl der täglich ausgegebenen warmen Mahlzeiten im Wiener Caritas-Obdachlosenzentrum »Gruft« hat sich binnen zehn Jahren auf 94.000 (2011) fast verdoppelt. Die Sozialmärkte verzeichneten in diesem Jahr mit 45.000 Berechtigungskarten einen neuen Höchststand.

Diese Entwicklung gefährdet die Demokratie. In den Augen der Bürger/innen ist der Widerstand der Linken gegen diese Fehlentwicklungen, gegen diese Raubzüge der Reichen, gegen diese Umverteilung von unten nach oben zu gering. Es ist daher hoch an der Zeit, der Bürgerwut klare sozialdemokratische Lösungsvorschläge vorzulegen.

DAS NEUE PROGRAMM FÜR BESSERE LEBENSBEDINGUNGEN

Es ist fünf vor zwölf. Ein neues Grundsatzprogramm der SPÖ unter Mithilfe aller interessierten Sympathisant/inn/en ist auszuarbeiten, welches klar und verständlich die Welt, wie sie heute ist, beschreibt, ebenso verständlich erklärt, wie die Welt

sein soll, und überzeugend die Wege aufzeigt, wie man vom Ist- zum Sollzustand gelangt.

Wir müssen uns die weitest mögliche Beteiligung der interessierten Menschen und durch eine vorurteilsfreie Diskussion politischer Inhalte erhalten und dadurch einen Politisierungs- und Aktivierungsprozess in Gang setzen, der die letzte Chance für eine nachhaltige Gesellschaftsveränderung in diesen Jahrzehnten des Umbruchs ist. Es gilt primär, für die überwältigende Mehrheit der Menschen bessere Lebensbedingungen als sie heute haben zu schaffen. Und um mehr Gerechtigkeit auf allen Ebenen unserer Gesellschaft.

Sich den neuen Herausforderungen zu stellen heißt, sich der Grundwerte und Prinzipien zu erinnern, die uns in der Vergangenheit den Weg zu großen Erfolgen gewiesen haben.

SYSTEMVERÄNDERUNG KONTRA RECHTSKONSERVATIVE MODELLE

Die Konservativen und die aggressive Rechte machen sich für sektorale Interessen stark und legen Gesellschaftsmodelle vor, die das freie Unternehmertum, die Individualität, Familie, Ordnung und Heimat betonen und die Ausgrenzung von ethnischen und kulturellen Minderheiten offensiv fordern. Als Sozialdemokratie müssen wir stets das gesellschaftlich Ganze im Auge behalten und unsere Reformvorschläge in einen für die Menschen begreifbaren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang stellen, weil wir ohne diesen die alle Sektoren erfassende Ungleichheit nicht wirksam bekämpfen können.

Wir sind nicht der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus. Wir haben nichts zu reparieren, sondern zu verändern. Dass es einen systemverändernden Reformismus gibt, hat Bruno Kreisky und die SPÖ der 70er-Jahre bewiesen. Bruno Kreisky hat immer wieder betont, dass eine Veränderung der Gesellschaft zu mehr Freiheit für den Einzelnen, zu mehr sozialer Gerechtigkeit, zur Durchsetzung von mehr Gleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen und die Durchflutung aller Sektoren der Gesellschaft mit den Ideen der Demokratie an-

zustreben ist. Die Klammer dieser Veränderungen sollte die Solidarität sein. Eine solche neue Gesellschaft war nicht durch Systemkosmetik, sondern nur durch Systemveränderung zu erreichen.

Die SPÖ hat von 1970 an den Weg permanenter Reformen eingeschlagen. Eine große Zahl der Reformen, die wir durchsetzten, also eine hohe Quantität reformerischer Ereignisse sollte in eine neue Qualität der Gesellschaft umschlagen. Das war unser Credo. Die Reformpartei SPÖ versuchte in allen gesellschaftlichen Bereichen, eine neue Qualität zu erreichen, mit Augenmaß dafür, was zum jeweiligen Zeitpunkt erreichbar war. Als wir 1971 die absolute Mehrheit gewonnen haben, diskutierten wir offen, dass wir aufgerufen sind, systemverändernde, also revolutionäre Reformen zu konzipieren und nicht mit bloß partiell verbessernden, also systemimmanenten Reformen uns begnügen dürfen.

Auch heute sollten wir, wenn auch mit ganz anderen Vorgaben, diesem Prinzip treu bleiben. Die Konfrontation von Vision und Wirklichkeit hat etwas Positives: Sie zwingt uns, die Erfüllbarkeit unserer Forderungen und die Erreichbarkeit unserer Ziele verständlich zu machen. Wir brauchen auch heute die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung für unsere Reformvorhaben, und das heißt, dass wir uns viel stärker um die Menschen wieder kümmern müssen. Wir müssen wieder lernen, die Menschen nach ihren Sorgen, Ängsten und Hoffnungen direkt zu fragen. Wir müssen sie mit unseren Vorstellungen dort konfrontieren, wo sie anzutreffen sind, zu Hause, vor dem Bildschirm, in kleinen Gruppen am Arbeitsplatz, im Fitnessstudio, am Sportplatz. Wir müssen sie konfrontieren mit unseren Lösungen über Internet, E-Mail, SMS, mit Facebook und Twitter.

NEUES VERHÄLTNISS ZU STAAT UND DEMOKRATIE

Die neuen Entwicklungen des Kapitalismus zeigen, dass sich immer mehr Machtzentren den Entscheidungen und der Kontrolle demokratisch legitimierter Institutionen entziehen. Wir müssen daher ein neues Verhältnis zum Staat und zur par-

lamentarischen Demokratie finden. Der Staat darf sich nicht in die Privatsphären seiner Bürger einmischen. Hier bedarf es klarer Schutzbestimmungen, damit die Menschen nicht gläsern werden. Für ein demokratisches Wachstum und für die Regulierung des Wertewandels in der Arbeitswelt aber brauchen wir nicht weniger, sondern mehr Staat.

Es gibt keine Alternative zur staatlichen Daseinsvorsorge. Ein der Chancengleichheit verpflichtetes Bildungssystem kann ebensowenig wie der Auf- und Ausbau der Infrastruktur eines Landes den »freien Kräften des Marktes« überlassen werden. Der moderne Staat hat Altersversorgung, Pflege und Betreuung, öffentliche Güter und Dienstleistungen ebenso zu garantieren wie wirkungsvolle Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung. Er hat der ungleichen Verteilung entschieden entgegenzuwirken und die sozial Schwachen zu stärken. Er hat Arbeit zu sichern und den Gemeinsinn zu fördern. Das bedeutet einen kompromisslosen Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Der moderne Staat muss auch sicherstellen, dass die neuen atypischen Arbeitsverhältnisse neue arbeits- und sozialrechtliche Schutzbestimmungen erhalten.

Wir haben aber nicht nur unser Verhältnis zum Staat neu zu definieren, sondern auch die Weiterentwicklung der Demokratie zu zeigen. Wirkliche ökonomische Macht und das von ihr getragene System ist demokratischen Entscheidungen entglitten. Daher müssen wir den Parlamentarismus mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung stärken und mehr Kontrolle über die divergierenden Kräfte in unserer Gesellschaft erlangen. Wir wollen das Kapitalismusmodell des Neoliberalismus beseitigen.

MEHR GLEICHHEIT – MEHR LEBENSGLÜCK

Wir haben, wie schon Wirtschafts-Nobelpreisträger Josef Stiglitz treffend festgestellt hat, neue Strategien für ein gerechtes und demokratisches Wachstum zu entwickeln. Er hat in seinem Buch »Die Chance der Globalisierung« zwingende moralische Gründe für eine gerechte Verteilung angeführt, aber auch darauf hingewiesen, dass sie »notwendig ist, um

nachhaltiges Wachstum zu erzielen. Der wichtigste Produktionsfaktor eines Landes sind seine Menschen.«

In seinem neuesten Buch »Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht« wies der Nobelpreisträger nach, dass die auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich nicht nur ein moralisches Problem ist. Der soziale Zusammenhalt wird bei wachsender Ungleichheit schwächer, der wirtschaftliche Abstieg großer Teile der Bevölkerung führt zur Drosselung des Konsums und damit zur Einschränkung des Wachstums. Es ist erwiesen, dass überall dort, wo der Sozialstaat funktioniert, eine höhere Produktivität ausgewiesen wird. Weltweit sind die Länder mit funktionierendem Sozialstaat auch die mit der höchsten Produktivität. Der Sozialstaat regt aber auch zu mehr Solidarität an. In Ländern mit gesicherter Altersversorgung und effektiver Familienförderung klappt Nachbarschaftshilfe und gegenseitige Betreuung viel besser als in den Ländern mit schwachen sozialstaatlichen Einrichtungen.

Wilkinson und Pickett haben in ihrem Buch »Gleichheit ist Glück« den Nachweis erbracht, dass in ungleichen Gesellschaften die Lebenserwartung niedrig, die Selbstmordrate hoch, die psychischen Erkrankungen sowie Alkohol- und Drogensucht erschreckend rasch zunehmen, die Kriminalität wächst und die sozialen Beziehungen verfallen.

Im OECD-Bereich haben aussagekräftige Datensätze zum subjektiven Wohlbefinden und detaillierte Statistiken der wichtigsten Lebensqualitätsparameter bewiesen: Je egalitärer eine Gesellschaft ist, umso glücklicher sind die Menschen.

Die zentralen Punkte des neuen Grundsatzprogramms der SPÖ müssen daher der kompromisslose Kampf gegen Ungleichheit und für soziale Gerechtigkeit sein.

Dieser Kampf muss in ganz Europa geführt werden. Das neue österreichische Programm soll Denkanstöße für die gesamte europäische Linke, die nicht nur auf sozialdemokratische Parteien beschränkt ist, liefern.

Wir müssen den Ablenkungsmanövern der Rechten entgegenwirken, die die demographische Keule schwingen und trommeln, dass bei niedrigen Geburtenarten und ständig steigender Lebenserwartung der Sozialstaat nirgendwo in Europa mehr leistbar ist. Die Privilegien der Reichen werden als unverzichtbare Garantien der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums verteidigt.

In Wahrheit – wie wir nachgewiesen haben – senkt diese Privilegierung die Produktivität. In Zukunft kommt es überhaupt nicht mehr darauf an, wie viele Menschen im Produktionsprozess stehen, sondern wie produktiv sie sind.

Die Gesellschaft von morgen, die den Kuchen ihrer Wertschöpfung gerechter aufteilen muss, hängt nicht von der demographischen Entwicklung ab, sondern ausschließlich davon, was ihren Mitgliedern wichtig und etwas wert ist. 🍷

KARL BLECHA

ist Präsident des Pensionistenverbandes Österreichs
und SPÖ-Programmkoordinator.

Marcus Schober neuer GSM-Vorsitzender

Einen Wechsel an der Spitze gab es bei der Generalversammlung der »Gesellschaft für sozialdemokratische Medienpolitik«, die am 20. 12. 2012 im Parlament stattfand. Abg. Dr. Sabine Oberhauser, die zwei Jahre an der Spitze der GSM gestanden war und die sich gerade in den letzten Monaten bei den hektischen Bemühungen, die »Zukunft« auf eine neue Basis zu stellen, enorm eingesetzt hatte, gab die Funktion mit Rücksicht auf ihre Verpflichtungen als ÖGB-Vizepräsidentin und SPÖ-Gesundheitssprecherin ab, verbleibt jedoch im GSM-Vorstand.

Marcus Schober, der höchst erfolgreiche Leiter der Wiener SPÖ-Bildung – bisher stellvertretender Vorsitzender – übernahm nun die Funktion des Vorsitzenden, Marcus Strohmeier rückte – neben Manfred Lang – zum Stellvertreter auf.

Helmut Fiala als Kassier, Fritz Edlinger als Schriftführer und Ludwig Dvořák (nun gemeinsam mit Sabine Oberhauser) als weitere Vorstandsmitglieder werden ihre Funktionen auch in der nächsten Funktionsperiode ausüben. Ebenso unverändert blieb die Kontrolle, die aus Peter Dachsbacher und Albrecht K. Konecny besteht.

Im Mittelpunkt der Generalversammlung stand die zu diesem Zeitpunkt noch nicht völlig geklärte Sicherstellung des Erscheinens der »Zukunft«: Die GSM hatte – nach der Auflösung des bisherigen SPÖ-Verlages – das Weiterscheinen zunächst dadurch sichergestellt, dass sie die Druckkosten der letzten drei Ausgaben des Jahrganges 2012 übernahm.

Dennoch war auch der Finanzbericht recht ermutigend: Dank der Bereitschaft unserer Mitglie-

der, regelmäßig ihre Beiträge zu entrichten und auch gelegentlich eine Spende zu leisten, sowie durch eine ertragreiche – absolut »Derivat-freie« – Veranlagung des Vereinsvermögens wird die GSM auch in Zukunft in der Lage sein, ihren finanziellen Beitrag für die »Zukunft« zu leisten.

Parallel dazu diskutierte die Generalversammlung die notwendigen Entscheidungen über einen neuen Verlag, die Auflösung der Verträge mit der bisherigen Vertriebsfirma Morawa und die erforderlichen Einsparungen im Druckbereich. Auch eine Werbeaktion für die »Zukunft« ist angedacht, ebenso werden die Bemühungen um Inserate verstärkt werden.

Bei allen jenen GSM-Mitgliedern, die wegen der Weihnachts-bedingten Verzögerung der Postzustellung die Dezember-Ausgabe der »Zukunft« – in der die Einladung zu dieser Generalversammlung enthalten war – zu spät erhielten, um sich für die Teilnahme an der Generalversammlung entscheiden zu können, möchten wir uns nachdrücklich entschuldigen.

Wir werden selbstverständlich die Mitglieder der GSM über die weitere Entwicklungen und die getroffenen Entscheidungen informieren. Klar ist aber: Mehr denn je brauchen wir die finanzielle Unterstützung unserer Mitglieder, um das Erscheinen der »Zukunft« sicherzustellen.

Gerade jetzt sind wir für zusätzliche Spenden unserer Mitglieder besonders dankbar. Nur zur Erinnerung: Das Konto der GSM ist 04910770972 bei der BAWAG (BLZ 14000).



SPIELE DER STADT WIEN MUSEUM



SPIELE DER STADT GLÜCK, GEWINN UND ZEITVERTREIB



Wenn die Arbeit getan ist, dann spielt der Mensch: Er schiebt Spielfiguren über Bretter, taucht ein in Traumwelten, freut und ärgert sich oder richtet sich sogar zugrunde. Keine urbane Gesellschaft ist denkbar ohne Spiele. Die Räume der Stadt waren und sind stets Orte des Spiels – für Kinder wie für Erwachsene. Die Topografie der Spiel-Räume reicht von öffentlichen Plätzen wie Parks oder Straßen über halböffentliche Orte wie Kaffeehaus, Wirtshaus oder Lottokollektur bis zum privaten Raum.

Die Ausstellung »Spiele der Stadt« begibt sich auf die Suche nach den Spiel-Räumen Wiens, von den Salons des 18. Jahrhunderts bis zu den heutigen Automatenhallen. Welche Spiele werden wo und von wem gespielt? Wie verändern sich die Spiele und wie verändert sich der öffentliche Raum, der spielerisch erobert und genutzt wird? Deutlich werden soziale Differenzen: Im Café werden andere Spiele gespielt als im Wirtshaus, im bürgerlichen Wohnzimmer andere als in der Arbeiterwohnung.

Spiele der Stadt – Glück, Gewinn und Zeitvertreib

bis 2. April 2013, Dienstag bis Sonntag & Feiertag, 10 bis 18 Uhr
1040 Wien, Karlsplatz 8, www.wienmuseum.at

Die Sozialdemokratie nach dem Dritten Weg

Ende oder Wende? In der Sozialdemokratie gilt der Dritte Weg seit einigen Jahren als beendet, doch eine neue Programmatik lässt noch auf sich warten. Matthias Micus analysiert die gegenwärtigen Reformversuche in organisatorischer und programmatischer Hinsicht.

Die Sozialdemokratie befindet sich europaweit im Niedergang – und das schon seit Jahrzehnten. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre mochte es eine Zeitlang scheinen, als könne eine Erneuerung von Strategie, Auftritt und Programmatik nach dem Vorbild des britischen Wahlsiegers Tony Blair und seines Parteiprojektes »New Labour« den Trend umkehren. Doch haben die tiefen elektoralen Einbrüche der modernisierten Arbeiterparteien in den vergangenen Jahren auch den Dritten Weg an ein Ende geführt. Dessen Kennzeichen, Maximen und Leitbegriffe, von der Zentralisierung der innerparteilichen Willensbildung über die Auslagerung von Parteiaufgaben an professionelle Experten und Dienstleister bis hin zur Rhetorik der Alternativlosigkeit und der einseitigen Fixierung auf die modernen Mittelschichten als neuer Zielgruppe, werden mittlerweile kritisch hinterfragt.

Doch ist das Erbe des Dritten Weges unverändert lebendig, mindestens in der Bevorzugung der flotten tagespolitischen Pragmatik vor langwierigen grundsatzprogrammatischen Diskursen. Zwei schlagende Beispiele mögen diese These untermauern. Der Vorsitzende der deutschen SPD, Sigmar Gabriel, erklärte auf dem Berliner Parteitag im Dezember 2011 die programmatische Neuorientierung für beendet, obwohl der Erneuerungsprozess in den vorangegangenen zwei Jahren seit der Niederlage bei der Bundestagswahl 2009 fast ausschließlich um Beteiligungsverfahren, Wahlmodi und Statutenfragen gekreist war. Und die österreichischen Sozialdemokraten kündigten zwar jüngst auf ihrem Parteitag an, sich ein neues Parteiprogramm geben zu wollen. In Anbetracht der jüngeren Vergangenheit und der eher stiefmütterlichen Behandlung von Programmfragen in der Nach-Kreisky-Ära bleibt aber bis

auf Weiteres unsicher, welche Bedeutung die Parteispitze dem Raisonnement über neue Erzählungen, Leitlinien und Visionen für die Zukunft der SPÖ tatsächlich beimisst.

BAUSTELLE ORGANISATIONSREFORMEN

Es bietet sich auch insofern an, mit dem organisatorischen Bereich zu beginnen. Jedenfalls: Die Organisation vor allem betrafen die Reformansätze der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart. Und hier zeigt sich, dass die aktuelle Erfolglosigkeit kein Hemmnis für das Aufkommen von Reformdiskursen ist, ganz im Gegenteil. Denn: Was war denn der Ausgangspunkt auch der letzten Diskussionen über Organisationsreformen? Das ist ganz einfach und offenkundig – und das verbindet im Übrigen die aktuellen Organisationsdebatten mit ihren Vorläufern, den vorangegangenen sozialdemokratischen Erneuerungsversuchen der, sagen wir, letzten 30 Jahre: Es sind dies beinahe durchweg unaufhaltbar scheinende Mitgliederrückgänge, herbe Wahlniederlagen, kräftig schwindende Vertrauenswerte.

Es zeigen sich bei den Operationen am Körper der Partei mithin einige Gemeinsamkeiten, die generelle Schlussfolgerungen über Parteireformen ganz allgemein zulassen – zumal sie sich gleichermaßen mit Blick über den nationalen Teller rand hinaus bei den allermeisten europäischen Schwesterparteien nachweisen lassen: Die Stimmen der Erneuerung erheben sich zumeist in Phasen des Niedergangs, sei es organisatorisch, elektoral und/oder gouvernemental. Und die Reformen setzen vorzugsweise an der Organisation an, die Lösung der Probleme wird insbesondere in einer Modifikation der innerparteilichen Strukturen, Arbeitsweisen und Entscheidungsprozeduren gesucht.

Beides ist nicht unproblematisch. Die Organisationsreformediskussion müsste einerseits viel bescheidener, gleichzeitig aber erheblich selbstbewusster geführt und begründet werden. Andernfalls dürfte auch die gegenwärtige Neuvertonung des parteipolitischen Evergreens »Organisationsreform« wieder folgenlos bleiben. Zum einen könnte und müsste die Stärkung der Organisation viel mutiger als generelle Notwendigkeit verstanden werden, darf sie nicht bloß als pawlowscher Reflex auf zyklische Zustimmungskrisen daherkommen. Auf die Funktionen von Kollektivorganisationen können moderne Gesellschaften generell nicht verzichten, dies gilt – scheinbar paradox – umso mehr in Zeiten rapiden Wandels, in denen die bestehenden Organisationsstrukturen regelmäßig als Relikte vergangener Zeiten erscheinen. Doch ist gerade dann der Einzelne auf die entlastende Wirkung von Institutionen und Organisationen angewiesen, auf dauerhafte Strukturen, die Unsicherheiten reduzieren und Entscheidungszwänge abbauen.

Für den Philosophen Norbert Bolz liegt hierin regelrecht die Entwicklungsgarantie fortschrittlicher Zivilisationen begründet, dass es die Menschen so genau gar nicht wissen wollen und sich dem in Institutionen »geronnenen Geist« anvertrauen. »Nicht das, was Menschen denken, sondern das, was man ihnen zu denken erspart, bringt den zivilisatorischen Fortschritt.« Mithin: Die Bedeutung kraftvoller Organisationen beschränkt sich nicht punktuell auf temporäre (Partei-) Krisen, die Pflege ihrer Lebendigkeit und Funktionsfähigkeit – auf Parteien gemünzt vor allem: die Kultivierung einer gelingenden Vermittlung zwischen Staatshandeln und Bevölkerungsinteressen – ist vielmehr eine Daueraufgabe.

Zum anderen aber müssen Heilserwartungen gedämpft werden. Die Reformen der Vergangenheit zielten allesamt gleichsam technisch relativ einseitig und zu ausschließlich auf Organisatorisches. Strukturen sollten geöffnet, Beteiligungsverfahren ausgebaut und Informationswege auf den technisch neuesten Stand gebracht werden. Der Bundesgeschäftsführer

der deutschen SPD in den frühen 90er Jahren, Karlheinz Blessing, mahnte diesbezüglich schon vor zwanzig Jahren zur Selbstbeschränkung: »Die Parteiorganisation darf nicht Selbstzweck sein, sie muss Instrument sein, mit und für Menschen diese Gesellschaft zu verändern.« Mehr noch: Blessing betonte, dass sich das politische Ziel in der Organisation spiegeln muss. Dann aber müsste man vor einer Organisationsreform über langfristige politische Fluchtpunkte, Ziele und Visionen sprechen, bevor man sich überhaupt organisatorische Fragen stellen dürfte. Anders gesagt: Zunächst müsste das programmatische Fundament gegossen werden, dessen Profil und Zugschnitt würde sodann die organisatorische Form vorgeben.

Tatsächlich bieten die zuletzt diskutierten Reformmaßnahmen durchaus Anknüpfungspunkte für eine Spiegelung des politischen Zieles in der Organisation. Sozialdemokraten sind (bzw. waren) ja historisch die Interessenvertretungen und Repräsentationen derjenigen, die sich alleine nicht helfen können, die ihre individuelle Machtlosigkeit durch die Macht des Kollektivs ausgleichen müssen und sich darum im Gefüge der sozialdemokratischen Organisation engagieren. Sie wurden gegründet als Vertretungsagenturen von Arbeitern, deren wirtschaftliche Unselbständigkeit in der Industriegesellschaft von Unternehmern ausgenutzt wurde, deren Einzelstimme in den abgestuften Wahlrechten der konstitutionellen Monarchien wenig zählte und deren Aufstiegswege in der Klassengesellschaft des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts blockiert waren. Und als solche sind sozialdemokratische Parteien mithin traditionell Mitglieder- und Kümmererparteien.

Wenn in der Sozialdemokratie – im Übrigen nicht bloß in Deutschland, sondern ganz ähnlich in einer Vielzahl europäischer Länder – nun von der Notwendigkeit gesprochen wird, die lokalen Parteigliederungen zu stärken, auf die Menschen wieder spürbarer zuzugehen, vor Ort besser sichtbar und in der Öffentlichkeit präsenter zu sein, dann schwingt in der Revitalisierung der Graswurzelarbeit eine Wiederbelebung der oben genannten Kümmererstrategie mit. Und wenn

darüber hinaus über neue Konzepte zur Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung sinniert wird, wenn die Beteiligungsmöglichkeiten von Mitgliedern wie Sympathisanten erweitert und Impulse zur Öffnung der Partei gesetzt werden sollen, so fügen sich auch diese Reformvorschläge in die Tradition der sozialdemokratischen Massenmitgliederpartei, zu der immer auch Aktivität, Partizipation, Engagement gehörten.

PARADOXIEN DER BASISDEMOKRATIE

Jedoch ist der Ruf nach verstärkter Basispartizipation ganz grundsätzlich erheblich problematischer als von den Enthusiasten der Direktdemokratie vielfach angenommen wird. Zunächst kollidieren direktdemokratische Verfahren bei der innerparteilichen Personalauswahl mit dem gestaffelten System aus Geschlechterquoten, regionalen Ausgleichsmechanismen und politischen Richtungsproporzen, die gerade für die Integrationskraft heterogener Volksparteien schwer verzichtbar sind. Sodann legt eine konsequent umgesetzte Beteiligung der Parteibasis an der Entscheidungsfindung fest, sie reibt sich insofern mit Erwartungen, die an die Parteiführung adressiert werden und nach raschen Antworten sowie flexiblen Reaktionen auf unplanbare Entwicklungen oder unvorhersehbare Ereignisse rufen. Es ist darüber hinaus evident, dass die direkte Demokratie den Mittelbau der Parteien zugunsten der Führungsspitze entmachtet, die nun über die Medien direkt den Kontakt mit den Mitgliedern aufnimmt.

Die hauptamtlichen Funktionäre, die Arbeitsgemeinschaften und Parteiflügel aber sind jene letzten verbliebenen Bastionen des Eigensinns, welche – wenn auch ihrerseits zunehmend zaghaft, ängstlich und angepasst – dem Wunsch der Parteispitzen, durchzuregieren und eine »Politik aus einem Guss« zu betreiben, Widerstand entgegensetzen können. Nichtsdestotrotz sind in basisdemokratischen Parteien keineswegs alle Mitglieder gleich, sind sie weder gleichwichtig noch gleichermaßen durchsetzungsstark. Vielmehr begünstigen direktdemokratische Prozeduren die (innerparteilich) gut organisierten Interessen, die ihre Anhänger effektiv mobilisie-

ren und bei wichtigen Entscheidungen zu einer einheitlichen Stimmabgabe bewegen können.

Auch ob die direkte Demokratie wirklich zu einem Mehr an Partizipation führt, ist unklar. Bei bloßen Vorwahlen zeigen sich oft enorm hohe Mobilisierungsquoten, jüngst in Schleswig-Holstein bei der Abstimmung über den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl nicht anders als im Jahr 1993 bei der Urwahl des Bundesparteivorsitzenden. Beteiligungsraten von über 50 Prozent zeugen vom Erfolg dieser Mitmach-Angebote, da durch konventionelle Versammlungsformen wie Ortsvereinsitzungen in der Regel allenfalls 10 Prozent der Mitglieder erreicht werden. Freilich: Sobald die Beteiligung aufwendiger und zeitintensiver wird, nimmt sie an Umfang drastisch ab.

In Niedersachsen besuchten insgesamt nur fünf Prozent der Mitglieder die Regionalkonferenzen, an deren Ende – also nach oftmals weiten Anfahrtswegen und einer dreistündigen Veranstaltung – die Basis ihr Votum über den künftigen Landesvorsitzenden abgeben konnte. Bei ihren Zukunftswerkstätten hat die SPD ebenso große Probleme bei der Mobilisierung von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern, wie die auch so zeitgemäßen und den modernen Beteiligungswünschen entsprechenden Themeninitiativen unter einem zu geringen Interesse leiden. Aufschlussreich ist diesbezüglich eine Diagnose von Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle der oberösterreichischen Sozialdemokratie.

Die Möglichkeiten der Basismitbestimmung, so resümierten sie innerparteiliche Befragungen und eigene Erlebnisse des Parteilebens, würden eben deshalb nicht ausreichen, »weil sie von der ›Basis‹ viel zu wenig in Anspruch genommen werden. Tatsächlich wäre viel erreicht, wenn die bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten von den Mitgliedern und Funktionären ausgeschöpft würden.« Was für Österreich gilt, gilt nicht minder auch für die deutsche Sozialdemokratie. Viele SPD-Mitglieder sind weitgehend deaktiviert, fordern laut der

letzten SPD-Mitgliederbefragung zwar allgemein mehr Mitbestimmung, empfinden laut derselben Umfrage ihr eigenes geringes Engagement aber mehrheitlich als ausreichend und sind insofern gar nicht ohne weiteres zu aktivieren.

STÄRKUNG DER BASISSTRUKTUREN

Dagegen beinhaltet die beabsichtigte Stärkung der Ortsverinebene beträchtliche Chancen, wie der europäische Vergleich zeigt. Kümmererparteien befinden sich international im Aufwind. Über die lokale Ebene kann Vertrauen hergestellt werden, hier begegnen die Parteien den Bürgern konkret, durch eine rege Ortsvereinsarbeit kann etwa Ressentiments und dem Eindruck der Abgehobenheit von Parteien entgegengewirkt werden. Wichtig sind, so könnte man wenig originell formulieren, drei Dinge: Präsenz, Präsenz, Präsenz. Die Partei muss im Alltagsleben, bei den konkreten Problemen der Bürger wahrnehmbar und erfahrbar sein.

Das kann mittelbar geschehen, über zunächst unpolitisch erscheinende Aktivitäten und Tätigkeitsfelder – wie in Schweden mit den Volkshäusern, die vielerorts als Kulturclubs, Jugendhäuser und Freizeitstätten fungieren. Oder die parteipolitische Sichtbarkeit kann direkt, etwa durch die systematischen Hausbesuche der norwegischen Arbeiterpartei in mehreren Modellkommunen, hergestellt werden. In Österreich wiederum zeitigte eine intensive Parteipräsenz in Person von Mediatoren, Ordnungshütern, Vertrauenspersonen, kurzum: die Reaktivierung des leiblichen sozialdemokratischen Hausbesorger als Ansprechpartner bei Problemen im Gemeindebau anstelle von anonymen Call-Centern Erfolge. Jedenfalls erzielte die SPÖ bei der letzten Wiener Landtagswahl ihr bestes Ergebnis in den kommunalen Wohnanlagen, sie erreichte hier eine klare absolute Mehrheit und distanzierte die FPÖ deutlich.

KONKRETE UTOPIEN

Wichtiger und grundsätzlicher aber machen Parteireformen und Statutenänderungen in Richtung mehr Direktdemokra-

tie, Öffnung und kommunaler Kümmererparteien nur Sinn, wenn die Organisationswirklichkeit verändert wird, der Wandel in den Köpfen des einzelnen Mitglieds, Funktionärs sowie Abgeordneten stattfindet und die Veränderung von Dauer ist. Nicht zuletzt die zahlreichen und zunehmend erratischen Führungswechsel in den sozialdemokratischen Parteien machen diesbezüglich wenig Hoffnung. Besonders markant zeigt sich die Sprunghaftigkeit an der Spitze bei der SPD. Während Willy Brandt die deutschen Genossen zwischen 1964 und 1987 ein knappes Vierteljahrhundert führte, wechselten sie in den darauffolgenden 25 Jahren sage und schreibe elfmal ihren Vorsitzenden, Sigmar Gabriel ist bereits der zwölfte Brandt-Nachfolger.

Und schließlich ist ohne mobilisierende inhaltliche Perspektiven, politische Visionen, ohne – um noch einmal auf den ehemaligen Bundesgeschäftsführer der deutschen Sozialdemokratie zurückzukommen – Blessings »konkrete Utopien« alles nichts. Wie gesagt: Die Parteiorganisation darf nicht Selbstzweck sein, sie muss Instrument sein, mit und für Menschen diese Gesellschaft zu verändern«. Robert Misik, ein deutsch-österreichischer Links-Intellektueller, hat einmal gesagt: »Wer keine Visionen hat, dem haucht kein Spin-Doktor Leben ein und dem nützt die beste Homepage nichts.« Mithin: Die Sozialdemokratie – in Deutschland, aber ebenso auch im übrigen Europa – braucht eine neue Erzählung, denn wer braucht schon Formationen, die keine Versprechungen transportieren, die ihr eigenes Sein nicht plausibel begründen können und keine Bilder einer besseren Zukunft besitzen?

Dazu aber müssen sich die Sozialdemokraten klar darüber werden, was sie auf welchem Wege, mit welchen Mitteln für welche Zielgruppe zu erreichen gedenken, wohin sie wollen, wie und mit wem sie dorthin gelangen möchten. Eben daran, an konkreten Utopien, an Vorstellungen von einer zukünftigen, lebenswerten Gesellschaft vor allem mangelt es – mangelt es nicht zuletzt in Deutschland –, die aktuell kursierenden Schlagworte wie »Fortschritt und Fairness« blieben bisher al-

I. FELIX BUTZLAFF, MATTHIAS MICUS (September 2012): »Formulierung von Zukunftsbildern einer besseren Gesellschaft? Politische Visionen und programmatische Leitideen der europäischen Sozialdemokratie«, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin. Die Studie steht hier zum Download bereit: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09343.pdf>

lesamt blass, müssen noch mit Inhalt und Leben gefüllt werden. Auch Gabriels Feststellung auf dem Berliner Parteitag im Dezember 2011, die inhaltliche Neuaufstellung der Sozialdemokraten sei abgeschlossen, ist wenig vielversprechend und deutet jedenfalls nicht auf eine neue Erzählung hin.

Aber wie sieht es damit im übrigen Europa aus. Wir haben dazu an unserem Institut gerade eine Studie abgeschlossen¹, die sich mit der Frage beschäftigte, ob es neue sozialdemokratische Erzählungen gibt – und wenn ja, wie diese aussehen. Und da zeigte sich zunächst, dass jedenfalls in den von uns behandelten Ländern beinahe durchweg ein Bewusstsein von der Notwendigkeit vorhanden ist, neue Narrative, Fluchtpunkte politischen Handelns, normative Integrationsformeln zu finden.

Und wenn man sich nun beispielsweise den Komplex der Wirtschaftspolitik herausgreift, dann zeigt sich überall ein moderater Linksschwenk: eine gewachsene Sympathie für den aktiven, steuernden, eingreifenden Staat; eine Renaissance keynesianischen Denkens, freilich durch fiskalische Disziplin eingehegt; schließlich die Vorbildrolle des deutschen Modells, der »Rheinische Kapitalismus« dient von Madrid über London bis Warschau regelrecht als Maßstab. Das heißt dann aber natürlich auch, dass der wirtschaftspolitische Kurswechsel der europäischen Sozialdemokratien eher gradueller denn fundamentaler Natur ist und dass dort, wo rhetorisch bisweilen eine qualitative Richtungsänderung suggeriert wird, tatsächlich eher eine moderate Anpassung an veränderte Gegebenheiten stattgefunden hat.

NEUE NARRATIVE?

Insofern zeigt sich nach dem jüngsten Politikschwenk, die Resultate resümierend, letztlich wenig Neues. Eine Feststellung, die angesichts der generellen und fortgesetzten Geringschätzung grundsatzprogrammatischer Langfristziele auch ebenso wenig überrascht. Vielfach handelt es sich, erstens, einfach um eine Mischung aus fortgeschriebenem Dritten Weg und

Rückbesinnung auf den traditionalistischeren, sozialstaatsverteidigenden Kurs davor. Zweitens wurde auch der Fokus auf die gesellschaftliche Mitte als zentraler Zielgruppe beibehalten. Die Konzessionen an die unteren Soziallagen verbleiben letztlich im Bereich des Atmosphärischen. Die konkreten Maßnahmen, bei der Bürgerpartizipation nicht anders als in der Bildungspolitik, zielen auf die trotz Abstiegsängsten unverändert aufstiegsorientierte Leistungsträger-Mitte. Drittens ist unverkennbar, dass sich die ungebrochene Hegemonie bürgerlicher oder konservativer, vor allem aber wirtschaftsliberaler Werte sogar in der Interpretation der sozialdemokratischen Grundwerte und Uranliegen niederschlägt.

Nicht die Emanzipation der Bedrängten, Zukunftsängstlichen, in ihr Schicksal passiv sich Fügenden steht im Vordergrund der Neuinterpretationen und Begriffsbestimmungen von Gerechtigkeit, Freiheit, Fortschritt und Bildung, die Begründungslinien laufen vielmehr auf Effizienz, Wettbewerbsdruck und ökonomische Konkurrenzfähigkeit sowie den Nachweis von Regierungstauglichkeit hinaus. Fortschritt ist Wirtschaftswachstum; Freiheiten müssen durch Leistungsbereitschaft genutzt werden; Gerechtigkeit meint eine Gleichheit der Chancen, nicht aber eine annähernd gleiche Verteilung der Vermögen und Einkommen; und die Erhöhung der Akademikerquote ist ein Erfordernis, um als wissensbasierte Hochlohnwirtschaft im internationalen Konkurrenzkampf überlebensfähig zu sein.

Es ist folglich kein Wunder, dass sich noch keine Erfolge bei der Neuerfindung einer sozialdemokratischen Erzählung eingestellt haben und die jüngsten programmatischen Neujustierungen bisher keine Prägekraft entfaltet haben. Die Kritik der sozialdemokratischen Parteien verbleibt noch auf dem Niveau der Negation, positive Zukunftsbilder fehlen, erst recht ein sozialdemokratisches Kanaan als Zielort des Auszuges aus der defizitären Gegenwart. Freilich: Wenn es auch keine neue, in sich geschlossene Meistererzählung gibt, so gibt es doch zumindest Elemente einer neuen Erzählung. Insofern lassen

sich einige Hinweise geben bzw. Vorschläge machen, wie die sozialdemokratischen Kernbegriffe alternativ gefüllt werden könnten. Zunächst einmal muss der Begriff des »Fortschritts« neu ausbuchstabiert werden. Als Kritiker eines blinden Zukunftsglaubens entpuppte sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts schon Sören Kierkegaard, wenn er das Fortschrittsdenken ein Zeitalter des »unglücklichen Bewusstseins« begründen sah. Kulturen, so resümierte er, die ihre Vergangenheit immer mit Blick auf die Zukunft überbieten zu müssen meinen, sind unglückliche, gehetzte Kulturen, die dazu tendieren würden, das gelebte Leben im Hinblick auf das Kommende zu entwerfen. Sie seien gefangen vom Anblick eines Horizonts, der wie eine Fata Morgana umso weiter zurückweicht, je stärker man sich ihm nähert, da sich Zukunft – anders als ein Ziel – nie erreichen lässt.

Obendrein führt die Idealisierung des Progressiven aktuell, eben weil der Fortschritt, ja die Zukunft insgesamt mit Beschleunigung gleichgesetzt wird, zu Überforderung, Unsicherheit, geistiger Entleerung, nicht zuletzt auch zur Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung. Es würde für die Sozialdemokraten daher darauf ankommen, wieder »Fortschrittsfragezeichen« zu setzen. Eine Politik, die den Bedürfnissen nach Bewahrung, Sicherheit, Überschaubarkeit entgegen kommt, entlastet, auch verlässlich stabile Institutionen entlastet. Und das Votum gegen die scheinbaren Sachzwänge technisch-ökonomischen Fortschritts drückt Eigensinn, Freiheit und Würde aus.

Die moderne Sozialdemokratie hat des Weiteren den Wert der Erwerbsarbeit verabsolutiert und dadurch überdehnt. Die Reformen des Dritten Weges zielten darauf, Arbeitende zu belohnen und den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen, jede angebotene Erwerbsarbeit anzunehmen, egal wie belastend und gering entlohnt auch immer. Die alte, marxistisch inspirierte Sozialdemokratie wusste demgegenüber noch, dass Arbeit nicht nur gut und schön sein muss, sondern auch als belastend, ja entfremdend empfunden werden kann. Insofern würde es

für die Sozialdemokratie in Zukunft darauf ankommen, das gegenwärtige Dogma der Erwerbsarbeit zu überwinden und den Menschen in den Mittelpunkt zu rücken, seine Würde, Selbstentfaltung, eben Emanzipation. Natürlich, aus ihrer Arbeit schöpfen viele Menschen auch positive Empfindungen: das Gefühl, gebraucht zu werden, Stolz und Selbstbewusstsein. Es geht daher nicht um eine Verneinung, sondern um eine Relativierung des Wertes der Arbeit – und es geht um eine Erweiterung des Begriffs bezahlter Erwerbsarbeit um unbezahlte, ehrenamtliche Aktivitäten. Anknüpfungspunkte gibt es einige, unter anderem eine breite wissenschaftliche Debatte über eine weit gefasste Tätigkeit statt des verengten Arbeitsbegriffes, an welche die schwedischen Sozialdemokraten mit ihrem »Mitbürgerwert« anknüpfen.

Seit rund zwei Jahren gibt es darüber hinaus eine Debatte über »Gleichheit«. Angestoßen wurde sie durch das Buch »Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind« von Kate Pickett und Richard Wilkinson. Gleichheit, das zeigen diese beiden Autoren, ist kein sozialistisches Enteignungsprogramm, sie ist vielmehr auch und gerade für die Mittelschichten gut. In gleicheren Gesellschaften leiden weniger Menschen unter psychiatrischen Problemen, durchschnittlich erfreut sich die Bevölkerung einer längeren Lebenserwartung und die schulischen Leistungen der Kinder sind besser. Bemerkenswert ist zudem, dass mehr Gleichheit keinesfalls die Eigeninitiative der Bürger lähmt. Ganz im Gegenteil, Gleichheit ermutigt zu Engagement und Mobilität, soziale Gerechtigkeit und individuelle Flexibilität schließen sich also nicht wechselseitig aus, sondern gehören zusammen.

Schließlich kann im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise mit der Mär aufgeräumt werden, dass Privateigentümer ihre Leistungen per se billiger und effizienter erbrächten als der Staat. Die Politik der Privatisierung war keineswegs kostengünstig, zu keiner Zeit: Anfangs ruhten die Privatisierungsschübe auf kräftigen Subventionen seitens des Staates, danach trugen Staat und Gesellschaft das Risiko, die Gewinn-

ne kassierten die Privatunternehmen. Ein intakter Staat und Wohlfahrtsstaat, heißt das, ist nicht nur wichtig für gesellschaftliche Integration und sozialen Frieden sowie für allen zugute kommende Dienstleistungen. Der Staat ist auch kein ineffizientes bürokratisches Monster, sondern – das ist eine Staatsbestimmung, wie sie in Kreisen der französischen Sozialistischen Partei (ps) kursiert – erstens ein État stratège, ein planerischer Staat, der Probleme antizipiert und durch Expertengremien Lösungen erarbeitet. Zweitens ist er ein État pilote, der direkt eingreift und gegensteuert, wenn die von der Legislative beschlossenen Prioritäten außer Reichweite zu drohen geraten. Drittens soll der Staat ein État prévoyant sein, ein vorausschauender Staat, der vorbeugen soll, anstatt stets hinterher als eine Art Ausfallgarant zu fungieren. Und viertens ein État partenaire, der für sein Handeln als eingreifender, steuernder Staat, der alle Bürger in seine Entscheidungsfindungsprozesse mit einbezieht.

»BLUE LABOUR« UND DIE DEBATTE UM DIE »GUTE GESELLSCHAFT«

Andererseits: Die allermeisten Versuche zur Neukonzeption des Sozialdemokratischen bleiben bislang entweder Schlagworte, die zunächst noch mit Inhalt gefüllt werden müssten – oder sie bleiben den überkommenen Konfliktlinien und klassischen Gruppengegensätzen verhaftet. Die einzige nennenswerte Ausnahme von dieser Regel stellt die Debatte über »Blue Labour« dar, wie sie seit einigen Jahren vorzugsweise in Großbritannien und – über internationale Diskussionszirkel vermittelt, wenngleich mit geringerer Intensität – in letzter Zeit auch in Deutschland geführt wird. Die Vorreiterrolle der britischen Labour-Partei ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass hier auch die Konservativen, ihrerseits angetrieben von den Erfolgen von New Labour unter Tony Blair, intensiv an Neudefinitionen ihres gesellschaftlichen Ortes, ihrer politischen Rolle und perspektivischen Ziele gefeilt haben.

In engem Zusammenhang mit »Blue Labour« steht der Diskurs über die »Gute Gesellschaft« (good society); Obwohl

beide Debatten nicht identisch sind, weisen sie doch zahlreiche Überschneidungen bei den beteiligten Personen und propagierten Werten auf, bei Problemdiagnosen wie auch skizzierten Lösungsvorschlägen der sozialdemokratischen Krise.

Darum geht es den sozialdemokratischen Konzeptdenkern vor allem: um die Förderung von Selbstorganisation. Im Zentrum stehen lokale Zusammenschlüsse und Gemeinschaften, die Menschen miteinander verbinden, sie aktivieren und ihre Gemeinsamkeiten erkennen lassen – und die grundlegenden Werte Reziprozität, Solidarität und Gegenseitigkeit mit Leben und Sinn füllen. Aus der Gemeinschaftsprärogative ergeben sich die kennzeichnenden Merkmale der »Guten Gesellschaft«. In dem Gemeinschafts- oder Assoziationsimperativ wurzelt der Antikapitalismus der »Post-Dritte-Weg«-Sozialdemokraten, der sich aus der Sorge speist, dass die Grundlagen gemeinschaftlichen Handelns durch die Vermarktlichung sämtlicher Lebensbereiche unterminiert würden. Der Fokus auf lokale Gemeinschaften begründet die Ablehnung zentralistischer Vereinheitlichung und abstrahierender Universalismen zugunsten lokaler Variationen, praktischer Gemeinschaftserlebnisse und konkreter Organisationserfahrungen.

Gleichzeitig fundiert er auch die Pluralismuskritik in den programmatischen Entwürfen, da gegenseitiges Vertrauen und Solidarität ein Übermaß an Fremdheit nicht ertragen würden. In engem Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsdenken steht folglich der Konservatismus der Ansätze sozialdemokratischer Neubegründung, die Ablehnung der technokratischen Progressivität des Dritten Weges, die Betonung von Nation und Familie sowie die Absicht, das Gute und Bewährte zu konservieren.

FAZIT

Wie lässt sich das Gesagte nun zusammenbinden? Mobilisierende inhaltliche Perspektiven, politische Visionen, ambitionierte Erzählungen sind für Parteien unverzichtbar. Insbesondere gilt dies für die Sozialdemokratie, die bar jeder Utopien

im Grunde ihre Existenzberechtigung verliert. Utopien müssen darüber hinaus »konkret« sein, Projekte, Zielkonzeptionen, langfristige Perspektiven müssen also an die politische Praxis rückgekoppelt werden, diese darf dem perspektivischen Streben nicht diametral entgegenstehen. Und schließlich wird die politische Erzählung – im Idealfall – kongenial von den Personen an der Spitze vertreten. Mithin: Die beste Mischung ist folglich, der Politikwissenschaftler Franz Walter hat darauf schon vor einigen Jahren hingewiesen, erstens der große Entwurf, der sich, zweitens, im konkreten politische Projekt widerspiegelt und der dann, drittens, repräsentiert wird durch eine glaubwürdige politische Führungsfigur. 

MATTHIAS MICUS

ist Akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

Zuletzt veröffentlichte er gemeinsam mit Franz Walter und Felix Butzlaff den Sammelband »Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand« (Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, 2011)



BILLARDPARTIE IM ALTEN CAFÉ DOBNER, 1909
© WIEN MUSEUM



MARIE VON EBNER-ESCHENBACH BEIM KARTENSPIEL MIT BETTY PAOLI UND IDA VON FLEISCHL, UM 1890
© WIEN MUSEUM

Did things really get better?

Der Wahlsiegs 1997 leitete die längste Regierungstätigkeit in der Geschichte der britischen Sozialdemokratie ein. Alexander Gallas beleuchtet die Periode Tony Blairs und Gordon Browns und bewertet aktuelle Entwicklungen seit dem Führungswechsel 2010. Ein Rückblick auf »New Labour«.

Vielen BritInnen denken wahrscheinlich an eine seichte Dance-Pop-Nummer mit dem Titel *Things can only get better*, wenn sie sich an Nummer-Eins-Hits aus dem Jahr 1997 zu erinnern versuchen. Der Song beschallte seinerzeit die Wahlkampfkampagne der Labour Party. Nach einem überzeugenden Wahlsieg wurde Tony Blair Premierminister, und nach 18 Jahren in der Opposition besetzten wieder Labour-PolitikerInnen die Regierungsbänke. Auf der britischen politischen Bühne begann eine neue Ära: Labour gewann auch die nächsten beiden Unterhauswahlen, was die Partei in ihrer hundertjährigen Geschichte noch nie geschafft hatte.

2010 wurde das Ende dieser Ära endgültig besiegelt, und zwar relativ geräuscharm. Nach den Unterhauswahlen formierte sich eine konservativ-liberale Koalition unter David Cameron. Ed Miliband löste den abgewählten Premierminister Gordon Brown als Labour-Parteichef ab. Miliband erklärte die Ära New Labours umgehend für beendet. Heute stellt sich die Frage, ob in dieser Zeit tatsächlich eine Wendung zum »Besseren« stattgefunden hat, und inwieweit Miliband für einen Neuanfang steht.

DER THATCHERISMUS ALS OFFENSIVER SCHRITT DES BRITISCHEN MACHTBLOCKS

Die Entstehung von New Labour als politisches Projekt lässt sich nur begreifen, wenn man die politische und wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens in der Ära des Thatcherismus berücksichtigt. Dieser entstand als Reaktion auf die umfassende ökonomische, politische und ideologische Krise Großbritanniens ab Mitte der 1970er Jahre (vgl. Jessop et al. 1988: 18). Margaret Thatcher legte eine neoliberale Deutung

der Krise vor, nach der die Inflation das Hauptübel sei, welches durch überhöhte Lohnforderungen und Staatsausgaben hervorgerufen werde. Thatcher machte für diese die kampfkraftigen Gewerkschaften und die angeblich zu frei- und nachgiebigen politischen Eliten verantwortlich, die in ihren Augen dem keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Arrangement der Nachkriegszeit verhaftet blieben. Dabei ignorierte sie, dass der Lebensstandard der Lohnabhängigen seit Jahren stagnierte, weil die Dauerschwäche korporatistischer Institutionen eine industrielle Erneuerung bzw. das Entstehen einer produktivistischen Akkumulationsdynamik nach kontinentaleuropäischem Vorbild verhinderte. Dennoch gewann Thatcher 1979 die Unterhauswahlen und wurde Premierministerin.

In der Folge entwickelten Thatcher und ihre Verbündeten auf Grundlage der fraglichen Krisendeutung zwei verzahnte politisch-ökonomischen Strategien: Eine neoliberale ordnungspolitische Strategie, die auf monetaristische Geldpolitik, Steuersenkungen, Privatisierung und Liberalisierung der Finanzmärkte setzte; und eine klassenpolitische Strategie der Spaltung, die die Aufteilung der britischen Bevölkerung in »zwei Nationen«¹ (Jessop et al. 1988) betrieb – und zwar durch die Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus zu Dumpingpreisen sowie durch Angriffe auf die Gewerkschaften und den öffentlichen Sektor².

Entsprechend dieser strategischen Ausrichtung stand hinter dem Thatcherismus ein Klassenbündnis, das den traditionell von der City of London (der Londoner Finanzwelt) kontrollierten britischen Machtblock mit aufstiegsorientiert-individualistischen subalternen Milieus zusammenbrachte, also vornehmlich mit Selbständigen sowie ArbeiterInnen und

1. Diese innerhalb des britischen politischen Diskurses gängige Formulierung geht auf den Benjamin Disraeli zurück, einem Tory-Premierminister aus 19. Jahrhundert, der Spaltung Großbritanniens in Arm und Reich monierte.
2. Unter Ordnungspolitik verstehe ich staatliche Interventionen, die direkt auf das Verhältnis von staatlichen und ökonomischen Institutionen einwirken und günstige Bedingungen für Kapitalakkumulation zu schaffen versuchen. Mit Klassenpolitik bezeichne ich hingegen staatliche Maßnahmen, die direkt auf die Reproduktion kapitalistischer Klassenherrschaft zielen, also auf die Absicherung der Kontrolle der Kapitalistenklasse über den Produktionsprozess.

Angestellten aus Betrieben ohne starke Gewerkschaftspräsenz. Ergebnis der von diesem Bündnis gestützten Strategie der Spaltung war eine Explosion der Einkommensunterschiede, die Großbritannien zu einem der sozial ungleichsten Länder in Westeuropa machte. Einem von der Expansion der City angeschobener Boom in der Region um London, von dem auch die regierungsnahen subalternen Gruppierungen profitierten, standen Massenarbeitslosigkeit und Verarmung in den (ehemaligen) Industrieregionen gegenüber.

Dadurch wurden über Klassengrenzen hinweg verlaufende politische Bindungen gestärkt und Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse vertieft. Durch polizeiliche Maßnahmen und das Erlassen repressiver, gegen Arbeitskämpfe gerichteter Gesetze beraubten Thatcher & Co die britische Gewerkschaftsbewegung ihrer Handlungsfähigkeit und nahmen den Lohnabhängigen die Perspektive einer Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse durch kollektives, solidarisches Handeln. Die neoliberale Wende in Großbritannien entsprach also einem »offensiven Schritt« (Poulantzas 1970/1973) des dortigen Machtblocks, der die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu dessen Gunsten verschob.

DIE ANFÄNGE VON NEW LABOUR

Die neoliberale Neuausrichtung der Labour Party reicht bis vor die Ära Thatcher zurück. Im Zuge der Sterlingkrise 1976 handelte der Labour-Schatzkanzler Denis Healey mit dem IWF einen Kredit zur Stützung des Pfunds aus und begann im Anschluss daran, direkte Maßnahmen zur Beschränkung der Geldmenge zu ergreifen. Damit machte er sich die, vom neoliberalen Vordenker Milton Friedman propagierte, monetaristische Strategie in der Geldpolitik zu eigen.

Die Wahlniederlage 1979 schien diesem Flirt mit dem Neoliberalismus vorerst ein Ende zu setzen, denn nun wurde nicht etwa Healey Parteichef, sondern der der Parteilinken zugerechnete Michael Foot. Nach der verheerenden Wahlniederlage im Jahr 1983 übernahm allerdings Neil Kinnock

dessen Amt und propagierte einen vermeintlich realistischen Kurs: Er akzeptierte die neoliberalen Modernisierungsbestrebungen der Regierung und sprach sich lediglich für deren teilweise Umgestaltung aus. Zudem trieb er die Marginalisierung des linken Parteiflügels voran. Diese Strategie erwies sich zunächst als erfolglos: Kinnock verlor die Unterhauswahlen 1987 und 1992.

Der Mainstream der Partei schloss aus der Vorherrschaft der Konservativen, dass die von Thatcher angestoßene politische Wende unumkehrbar sei und die unter Kinnock begonnene Erneuerung vollendet werden müsse. Die Wahl Blairs zum Parteichef im Jahr 1994 stellte also nicht den ersten, sondern den letzten Schritt in der Neuausrichtung der Partei dar. Der Bruch mit Zielsetzungen der Nachkriegsära hatte bereits stattgefunden; nun ging es um die Korrektur der Außenwahrnehmung der Partei.

Augenscheinlichstes Beispiel dafür ist der Ausdruck »New Labour« selbst, der erstmals im Jahr 1994 in Erscheinung trat. Der vornehmlich symbolische Neuanfang spiegelte sich auch darin, dass Blair die Streichung der »Clause 4« aus der Parteisatzung durchsetzte, die aus dem Jahr 1918 stammte. In ihr verscrieb sich Labour einem sozialistischen Projekt auf Grundlage der Verstaatlichung der Produktionsmittel. Der Parteiapparat entsprach Blairs Forderung und ersetze sie durch ein nicht weiter spezifiziertes Bekenntnis zum »demokratischen Sozialismus«.

Die Entstehung von »New Labour« beschreibt also nur insofern die neoliberale Wende der britischen Sozialdemokratie, als unter der Führung Blairs der Unterschied zwischen grundsätzlicher programmatischer Ausrichtung und taktischen bzw. strategischen Konzessionen an politisch-ideologische Dominanzverhältnisse verschwamm. Healey hatte im Nachhinein bekannt, ein »ungläubiger Monetarist« (zit. n. Stephens 1996: 11) gewesen zu sein; von den Führungsfiguren von »New Labour« sind distanzierende Äußerungen dieser Art nicht bekannt.

ORDNUNGSPOLITISCHE KONTINUITÄT

Bei Amtsantritt bemühte sich die Regierung Blair sofort darum, Kontinuität auszustrahlen und die Finanzmärkte auf diese Weise ruhig zu halten. Der neue Schatzkanzler Gordon Brown verkündete, die Budgetplanungen der Regierung Major zwei Jahre lang nicht anzutasten. Zugleich räumte er der *Bank of England* Autonomie in Bezug auf die Geldpolitik ein und setzte damit eine Forderung um, die zunächst aus konservativen Kreisen gekommen war. Die Verwandlung von Geldpolitik in ein vermeintlich endpolitisiertes, technisches Verfahren zur Inflationsbekämpfung zeigte an, dass die neue Regierung gewillt war, die Interessen der City gegen demokratische Ansprüche aus der Bevölkerung zu verteidigen.

Entsprechend schuf sie mit der *Financial Services Authority* zwar ein neues Aufsichtsgremium für die Finanzmärkte, welches aber unter dem Motto »light touch regulation« dem Laissez-Faire verpflichtet blieb: Die Marktakteure sollten sich auf Grundlage bestimmter Prinzipien selbst regulieren. In London waren folglich Transaktionen möglich, die anderswo von Aufsichtsbehörden unterbunden wurden. Das weiche Regulierungsregime New Labours festigte somit die Stellung der City als weltweit wichtigster Finanzplatz neben der Wall Street.

New Labour setzte damit eine Finanzmarktpolitik fort, die die Entstehung von Blasen begünstigte und die Voraussetzungen für einen großen Crash schuf. Die Regierung Blair war nicht gewillt, die Vormachtstellung der City in der britischen Wirtschaft anzugreifen oder auch nur industriepolitische Gegenakzente zu setzen. Im Gegenteil: der lang anhaltende Niedergang der britischen Industrie setzte sich unter Blair ungebrochen fort. Überziehen sich Labour und Tories im Lichte der gegenwärtigen Finanzkrise mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, erinnert das an zwei Komplizen in Untersuchungshaft, die sich beim Verhör auf Kosten des jeweils anderen zu entlasten versuchen.

Insgesamt standen also die Zeichen also auf ordnungspolitische Kontinuität: Die neoricardianische Annahme, die britischen Wirtschaft lasse sich durch Handels- und Finanzliberalisierung sowie Deregulierung der Arbeitsmärkte modernisieren, wurde von der Vorgängerregierung übernommen; ebenso die Überzeugung, dass die City als Zugpferd fungieren sollte und Industriepolitik vernachlässigenswert oder gar schädlich sei. In Sonntagsreden wurde zwar die Notwendigkeit der Schaffung einer »wissensbasierten Ökonomie« beschworen. Gleichzeitig betonte Blair, dass sein Land »den am wenigsten regulierten Arbeitsmarkt aller führenden Volkswirtschaften auf der Welt« (zit. n. Wood 2010: 13) habe. Entsprechend handelte New Labour eine Ausstiegsklausel für Großbritannien bezüglich der EU-Arbeitszeitdirektive aus und setzte wie die Vorgängerregierungen auf Billigjobs.

KLASSENPOLITISCHE DISKONTINUITÄT

Worin liegt die politische Bedeutung des Regierungswechsels 1997, wenn die Kontinuität zwischen Labour und den Konservativen so stark war? M.E. zeigt sich vor allem im Bereich der Klassenpolitik ein Bruch: »New Labour« trat mit dem Versprechen an, die Spaltung der Gesellschaft in »zwei Nationen« zu überwinden. Nimmt man also dieses Bekenntnis mit der Unterstützung für die City zusammen, ging es darum, die Einbindung subalternen Kräfte in das neoliberale Projekt umzugestalten. Beispiele dafür sind die beiden sozialpolitischen Parastücke New Labours: der »New Deal« und die »Working Families Tax Credits«.

Der »New Deal«, ein »Welfare-to-Work«-Programm, war insofern typisch für New Labour, als er auf der Neuinterpretation neoliberaler Grundannahmen aus der Sicht einer paternalistischen Sozialdemokratie beruhte: Einerseits basierte er auf der »marktautoritären« Vorstellung, dass Transferleistungen keinesfalls die Bereitschaft von Lohnabhängigen schmälern sollen, ihre Arbeitskraft jederzeit zu vorfindlichen Bedingungen zu veräußern. Entsprechend knüpfte er die volle Auszah-

lung von Unterstützungsleistungen an jüngere Arbeitslose an deren vermeintliche Bereitschaft, in ein Lohnarbeitsverhältnis einzutreten. Andererseits versuchte er das Zwangsmoment dafür zu nutzen, um die Qualifikationen der fraglichen Arbeitskräfte zu verbessern und damit ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt aufzuwerten.

Ähnlich verhielt es sich mit den »Working Families Tax Credits«: Arme Familien, deren Bereitschaft zur Lohnarbeit insofern unstrittig war, als mindestens ein Familienmitglied arbeiten ging, konnten von nun an mit staatlichen Lohnzuschüssen rechnen. Diese wurden über das Finanzamt in Form einer negativen Einkommenssteuer ausgezahlt. Bezüglich des Meinungsmanagements bestand der Vorteil dieser Vorgehensweise darin, dass die Geldflüsse intransparent blieben und vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit der Opposition und der rechten Boulevardpresse auf sich zogen. Zugleich subventionierte »New Labour« so den Niedriglohnsektor und verstärkte den Arbeitszwang.

Weitere Maßnahmen waren ein niedriger und weitgehend wirkungsloser Mindestlohn, sowie die Steigerung staatlicher Ausgaben für Gesundheits- und Erziehungswesen. Letztere führte zur Schaffung neuer Jobs im öffentlichen Sektor, welche gerade in den (ehemaligen) Industrieregionen die Arbeitsmärkte entlastete. Der »Privatkeynesianismus« (Crouch 2009) der konservativen Vorgängerregierungen – also die Stützung der Nachfrage durch die Verfügbarmachung von günstigen Konsumentenkrediten und Hypotheken – blieb erhalten. Gleiches gilt für die drakonischen, gegen Arbeitskämpfe gerichteten Gesetze der konservativen Vorgängerregierungen.

Im Gegensatz zu diesen führte »New Labour« allerdings regelmäßig Gespräche mit den Gewerkschaften. Diese ließen sich angesichts des beschriebenen sozialpolitischen Kurswechsels wieder weitgehend ins Boot holen. So kam es vor den Unterhauswahlen 2005 zu einer Vereinbarung zwischen Parteiführung und den an die Labour Party angebundenen

Gewerkschaften, die die Unterstützung für die Partei bei der Wahl an kleinere Konzessionen band.

Sozialpolitisch ist die nationale Vereinigungsstrategie von New Labour mit den Stichwörtern »sozialer Einschluss« und »Chancen für alle« umschrieben, die von führenden VertreterInnen immer wieder verwendet wurden. Das erste Stichwort lässt auf ein kreisförmiges gesellschaftliches Feld mit Zentrum und Peripherie schließen; Sozialpolitik besteht folglich darin, die Menschen am Rande ins Zentrum zu führen. Das zweite Stichwort beschreibt eine Wettbewerbsgesellschaft, in der Reichtum und gesellschaftliche Stellungen im Prinzip leistungsgerecht verteilt sind. Sozialpolitik besteht in diesem Fall darin, für faire Startbedingungen zu sorgen bzw. wettbewerbsverzerrende Privilegien auszuhebeln. Beide Sprechweisen beschreiben die Gesellschaft der Gegenwart als ein prinzipiell ebenes Spielfeld, auf dem die Individuen miteinander in Beziehung treten. Im Sinne der Chancengleichheit muss es an einigen Stellen ausgebessert werden; im Sinne der Teilhabe aller müssen Zugangshindernisse aus dem Weg geräumt werden. In diesem Diskurs werden soziale Ungleichheit und die Kluseneffekte der kapitalistischen Produktionsweise ausgeblendet.

Verteilungs- und Sozialpolitik bestand für New Labour entsprechend vor allem in der Armutsbekämpfung und der Erhöhung der sozialen Mobilität, nicht aber in der Minderung von Einkommens- bzw. Reichtumsunterschieden. Peter Mandelson, einer der führenden Vertreter New Labour, brachte die dahinter stehende Haltung auf den Punkt: »Wir sind angesichts der Tatsache, dass manche Leute obszöne Reichtümer anhäufen, vollkommen entspannt – zumindest solange sie ihre Steuern bezahlen.«

Trotz der Weigerung, gesellschaftliche Ungleichheit als Problem zur Kenntnis zu nehmen, konnte New Labour ein neues Klassenbündnis schmieden, das den Machtblock unter Vorherrschaft der City trug. Durch die Abfederung der in der Thatcher-Ära entstandenen sozialen Verwerfungen wurden

nun auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie die gewerkschaftlichen organisierten ArbeiterInnen politisch eingebunden. Die historische Bedeutung New Labours lag also in der Normalisierung des Neoliberalismus; auf der Ebene der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse drückte sich dies als Konsolidierung der thatcheristischen Offensive aus.

Die Grenzen der Zustimmung für New Labour zeigten sich allerdings daran, dass die seit Thatcher vorherrschenden autoritären Tendenzen in der Staatspolitik sich noch verstärkten. Im Rahmen einer gegen den »Terror« gerichteten Innenpolitik wurde es den Ermittlungsbehörden ermöglicht, Terrorverdächtige für bis zu 28 Tage ohne Eröffnung eines Verfahrens zu inhaftieren. Im Namen der »Terrorbekämpfung« wurde es der Polizei erlaubt, Leute ohne konkreten Verdacht anzuhalten und zu durchsuchen, was immer wieder als Mittel zur Einschüchterung von politischen AktivistInnen verwandt wurde.

Im Bereich der Außenpolitik unterlief der Regierung Blair ein kapitaless Fehltritt, nämlich die Entscheidung, britische Truppen am Irakkrieg teilnehmen zu lassen. Die Folge waren Massendemonstrationen gegen die Kriegsbeteiligung und ein dauerhafter Ansehensverlust Blairs in weiten Teilen der Bevölkerung.

NEW LABOUR IN DER KRISE

Das beschädigte Ansehen Blairs mag dazu beigetragen haben, dass ihn sein zweiter Mann und Erzrivale Brown 2007 zum Rücktritt zwingen und im Amt beerben konnte. Kurz nach dessen Amtsantritt wurde Großbritannien mit voller Wucht von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise getroffen, und zwar dank eines »Runs« auf die in Zahlungsschwierigkeiten geratene Hypothekbank Northern Rock. Die Krise bedeutete faktisch das Ende des politischen Projekts »New Labour«, weil sie ihm die ökonomische Grundlage entzog: Die finanzgetriebene Akkumulationsstrategie, auf die alle Regierungen seit 1979 gesetzt hatten, erwies sich als hochgradig disfunktional.

Nichtsdestotrotz setzte Brown darauf, die britischen Banken um jeden Preis zu verteidigen, die gesellschaftliche Vormachtstellung der City zu befestigen. Er genehmigte die Gründung von »Bad Banks« zur Auslagerung von »Giftpapieren«, stellte den Banken Kapital zur Verfügung und vergab Kreditgarantien. Zugleich dehnte die Bank von England die Geldmenge durch den Ankauf von Staatspapieren (»quantitative easing«) aus. Der augenfälligste und drastischste Eingriff war aber die Verstaatlichung etwa der Hälfte des britischen Bankensektors, die dessen Zusammenbruch verhindern sollte.

Teile der Presse sprachen angesichts der massiven Staatsingriffe und vorübergehenden Maßnahmen zur Stützung der Nachfrage von einer Rückkehr zum Keynesianismus, was aber schon deswegen nicht überzeugte, weil die Regierung das neugeschaffene Bankensteuergremium *UK Financial Investments* (UKFI) nicht nutzte, um Einfluss auf die Geschäftspolitik der verstaatlichten Institute zu nehmen. Ohnehin wurde das Personal von UKFI zum guten Teil direkt aus der City rekrutiert; in öffentlichen Verlautbarungen betonte man stets, dass sich UKFI auf Abstand vom Management der verstaatlichten Bankkonzerne bewegen würde. Die Regierung sanierte die Banken auf Kosten der SteuerzahlerInnen, ohne gleichzeitig die Kontrolle über sie zu übernehmen.

Brown ging es also in der Krise darum, das neoliberale Projekt insgesamt zu verteidigen. Er vergab durch die Weigerung, die Verstaatlichung der Banken zur Steuerung des Banksektors zu nutzen, eine wohl einmalige Chance zur Schaffung von demokratischen Mechanismen zur Kontrolle der Finanzmärkte – wohl auch deshalb, weil er angesichts des großen Anteils der EigenheimbesitzerInnen an der Bevölkerung nicht bereit war, ein Einbrechen der Hauspreise zu riskieren. Stattdessen wählte er eine Strategie, die zum Übergreifen der Krise auf den Staat führte: Die Staatsschuld verdoppelte sich annähernd innerhalb weniger Jahre und das Haushaltsdefizit stieg zwischenzeitlich auf ein Level, das jenes von Griechenland übertraf. Angesichts dessen hob die Regierung Brown

3. Tatsächlich lassen sich einige Leute aus Milibands engstem Beraterkreis der »Blue Labour«-Strömung innerhalb der Partei zuordnen (vgl. Ferguson 2012). Diese trat ab 2009 in Erscheinung und versuchte, konservative Perspektiven auf Themen wie Kriminalität und Einwanderung innerhalb der Programmatik Labours zu verankern und mit einer korporatistischen Kritik am Neoliberalismus zu verbinden. Seit »Blue Labour«-Vordenker Maurice Glasman auf Grund seiner Forderung nach einem Einwanderungsstopp im Sommer 2011 in die Kritik geraten ist, wird das Etikett »Blue Labour« nicht mehr verwendet.

2009 den Spitzensteuersatz an, führte eine Bonussteuer ein und kündigte Ausgabenkürzungen an.

2007 kam die Konsolidierungsphase des britischen Neoliberalismus also zu einem jähen Ende, und es begann eine Phase der Abwehr kriseninduzierter Erosionstendenzen. 2010 wurde die Regierung Brown schließlich abgewählt. Inzwischen nutzt die neuformierte konservativ-liberale Koalitionsregierung die Krise, um den öffentlichen Sektor mit Hilfe von drastischen Ausgabenkürzungen und Privatisierungsprogrammen zu zerschlagen und Thatchers Programm einer vollständigen Neoliberalisierung Großbritanniens zu vollenden (vgl. Gallas 2010).

EINE WENDUNG ZUM BESSEREN?

Bedeutet New Labour im Rückblick tatsächlich eine Wendung zum Besseren? Das kommt natürlich auf Standpunkt und Kriterium an. Verschreibt man sich einer politischen Klassenanalyse, ist die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen Machtblock und Subalternen zu betrachten. Dann ist festzuhalten, dass New Labour die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Machtblocks in der Ära des Thatcherismus durch geringfügige materielle Konzessionen und die Erneuerung der neoliberalen ideologischen Anrufungen stabilisiert hat.

Zugleich haben die Regierungen Blair und Brown dafür gesorgt, dass politisch-ökonomische Interventionsräume für subalterne Kräfte dauerhaft geschlossen geblieben sind. Das zeigt ihr Umgang mit der Antiarbeitskampfgesetzgebung der Vorgängerregierungen. Entsprechend hat sich die gesellschaftliche Ungleichheit in Großbritannien unter New Labour auf hohem Niveau stabilisiert, aber keineswegs verringert. Insofern bleiben für viele, die 1997 auf »better things« gehofft hatten, am Ende vor allem Enttäuschungen.

VON NEW LABOUR ZU »ONE NATION LABOUR«

Ed Miliband hat die Ära New Labours kurz nach seiner Wahl

zum Parteichef im Herbst 2010 für beendet erklärt. Seit dem Parteitag im Herbst 2012 benutzt er das Label »One Nation Labour«. Dabei handelt es sich um eine Umetikettierung, nicht aber um die rhetorische Markierung eines Bruchs mit New Labour. Schließlich gehörte die Anrufung der »einen Nation« bereits 1995 zu Blairs rhetorischem Repertoire (zit. n. Timmins 1995).

Die Verschiebung in der Selbstbeschreibung spiegelt erst einmal eine Veränderung der politischen Frontstellungen: Die Beschwörung einer »neuen« Labour Party wird gemeinhin mit Leuten verbunden, die heute politische PensionistInnen sind, und klingt entsprechend abgedroschen. »One Nation Labour« greift die tiefe Krise der britischen Wirtschaft auf – und die Tatsache, dass die Regierungskoalition unter Cameron diese nutzt, um erneut eine Strategie der gesellschaftlichen Spaltung voranzutreiben. Miliband präsentiert Labour in dieser Situation als große Volkspartei, die die Interessen der gesamten Nation vertritt – und nicht nur die der Privilegierten im Land. Das Label markiert einerseits, dass er das Erbe von »New Labour« annimmt. Andererseits beansprucht Miliband auch, für all jene zu sprechen, die mit der Kürzungspolitik der Regierung unzufrieden sind. Das schließt ausdrücklich auch konservative Milieus ein, die dem Marktfundamentalismus der Koalition kritisch gegenüber stehen. Schließlich entstammt der Ausdruck »one nation« dem Diskurs der Tories.

Ohnehin sticht ins Auge, dass Milibands Parteitagsrede aus dem Jahr 2012 mit konservativen Stichwörtern geradezu gespickt war: Neben der Beschwörung von »einer Nation«, »Großbritannien«, »unserem Land« fanden sich auch zahlreiche Bezugnahmen auf die »Familie« und auf den »Glauben« sowie kritische Anmerkungen zur vermeintlich laxen Einwanderungspolitik der letzten Labour-Regierung. »Ungleichheit« und »Umverteilung« tauchten hingegen nur jeweils einmal auf; eine Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus New Labours findet nicht statt (Miliband 2012).³

Mit bösem Willem kann man hier eine Strategie am Werk sehen, die den Neoliberalismus in der Krise durch die Anrufung autoritär-nationalistischer Ideen abzustützen versucht, welche die Klassendimension der Krisenpolitik verdecken. Mit gutem Willen kann man Miliband zugestehen, dass er um die Schaffung eines breiten Bündnisses für eine alternative Politik bemüht ist – und er nicht an blumigen Ausführungen in seinen Sonntagsreden, sondern an seinen konkreten Interventionen als Oppositionsführer gemessen werden sollte.

Allerdings zeigt sich an dieser Front kein klares Bild. Milibands Positionierungen der Regierung gegenüber sind widersprüchlich: Ja zu Ausgabenkürzungen und Reallohnsenkungen im öffentlichen Sektor sowie zu »Workfare«-Maßnahmen, aber nein zu Kürzungen bei den Transferleistungen; Ja zu den Demonstrationen gegen die Kürzungspolitik, aber Nein zu den Streiks gegen die Rentenkürzungen; Ja zu Europa, aber Ja auch zur Zusammenarbeit mit dem antieuropäischen Flügel der Konservativen, wenn es darum geht, die Regierung in Bedrängnis zu bringen. Bislang scheint Miliband eher darauf bedacht, die inneren Widersprüche der Koalitionsregierung zuzuspitzen, als eine politische Alternative anzubieten. Im Zuge dessen macht er sich neoliberale Strategien des Krisenmanagements zu eigen, die auf die Sanierung des Finanzsektors auf Kosten der Lohnabhängigen abzielen. Kurzfristige Wahlerfolge sind so vielleicht möglich; eine Renaissance der britischen Sozialdemokratie eher nicht. 

ALEXANDER GALLAS

ist Sozialwissenschaftler und Übersetzer in Berlin und lehrt an der Hochschule Bremen. 2012 gab er gemeinsam mit Jörg Nowak und Florian Wilde ein Buch zu »Politischen Streiks im Europa der Krise« (vsa-Verlag) heraus.

Literatur

Crouch, C. (2009): »Privatised Keynesianism. An Unacknowledged Policy Regime«, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 11(3), 382-399. | **Ferguson, M.** (2012): »One Nation Labour? It's Blue Labour 2.0«, 03.10.2012, <http://labourlist.org/2012/10/one-nation-labour-its-blue-labour-2-0/> | **Gallas, A.** (2010): »Brothers in Arms. Zur politischen Strategie der britischen Koalitionsregierung«, Linksnetz, November 2010, http://www.links-netz.de/K_texte/K_gallas_brothers.html. | **Jessop, B., K. Bonnett, S. Bromley and T. Ling** (1988): *Thatcherism. A Tale of two nations*, Cambridge: Polity. | **Miliband, E.** (2012), Conference Speech Transcript, 02.10.2012, <http://labourlist.org/2012/10/ed-milibands-conference-speech-the-transcript/> | **Poulantzas, N.** (1970/1973): *Faschismus und Diktatur. Die kommunistische Internationale und der Faschismus*, München: Trikont. | **Stephens, P.** (1996): *Politics and the Pound. The Tories, the Economy and Europe*, London: Macmillan. | **Timmins, N.** (1995): »Blair says Labour the ›One Nation‹ party«, in: *The Independent*, 16.02.1995, <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/blair-says-labour-the-one-nation-party-1573263.html> | **Wood, T.** (2010): »Editorial. Good Riddance to New Labour«, in: *New Left Review* 11.11(2), 5-28.



SCHACH, POSTKARTE DER WIENER WERKSTÄTTE, UM 1910
MORIZ JUNG
© SAMMLUNG MICHAEL EHN, WIEN



STÄDTESPIELZEUG, CA. 1918
DAGOBERT PECHE, © ERNST PLOIL, WIEN



WIENER STADTBAHN-SPIEL, UM 1930
© WIEN MUSEUM

Innerparteiliche Demokratie in drei sozialdemokratischen Parteien

Organisatorische Reformen sozialdemokratischer Parteien drehen sich häufig um die Frage der Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten der Parteimitglieder. Als Diskussionsanstoß stellt Oliver Zwickelsdorfer die kompetitiven Vorsitzwahlen in drei sozialdemokratischen Parteien Europas vor.

Wenn innerhalb der SPÖ die Forderung erhoben wird, die Partei zu demokratisieren, den Mitgliedern direkte Mitbestimmungsmöglichkeiten einzuräumen, dann werden zumeist die Grünen als abschreckendes Beispiel präsentiert: Spitzenpolitiker, die von der Basis einfach so abgewählt werden, wie der grüne Europaparlamentarier Voggenhuber; prominente Abgeordnete, die um ihren Listenplatz zittern müssen; innerparteiliche Wahlen, bei denen nicht schon vor der Stimmabgabe feststeht, wie das Ergebnis nach der Auszählung der Stimmen aussehen wird sowie endlose Nominierungsparteitage und Medien, die dann vom totalen Chaos in der Partei berichten.

Aber ist die Art, wie die Grünen Mitbestimmung von Mitgliedern verwirklicht haben, tatsächlich so absurd, wie oftmals suggeriert wird? Haben sozialdemokratische Parteimitglieder in anderen europäischen Ländern auch so wenig Einfluss auf innerparteiliche Entscheidungen wie jene in der SPÖ? Dazu muss untersucht werden, wie andere sozialdemokratischen Parteien in Europa im Vergleich zur SPÖ innerparteiliche Mitbestimmung verwirklicht haben.

Innerparteiliche Demokratie hat verschiedene Aspekte. Sie umfasst nicht nur statutarische, sondern auch kulturelle Fragen. Welche Aspekte innerparteilicher Demokratie soll dieser Beitrag nun behandeln?

Wahlen stellen innerhalb der Partei einen wesentlichen Bereich demokratischer Mitwirkung dar. Es gibt zwei Arten von innerparteilichen Wahlen: die Wahl von ParteifunktionärInnen wie zum Beispiel Delegierte von Parteitag, Vorstände und Vorsitzende sowie die Aufstellung von Kan-

didatInnenlisten, das heißt die Wahl von KandidatInnen für Vertretungskörperschaften und politische Ämter.

Dieser Beitrag soll sich ausschließlich auf den ersten Punkt beschränken, nämlich die Vorsitz- und Vorstandswahlen. Das ist oft nicht ganz einfach zu trennen, wie zum Beispiel in Großbritannien, wo der Leader immer auch der Spitzenkandidat der Labour Party ist. Es sollen in Folge die Labour Party in Großbritannien, die Parti Socialiste (PS) in Frankreich und die Partito Democratico (PD) in Italien näher beleuchtet werden.

LABOUR PARTY

Die Labour Party unterscheidet sich von ihrer Organisationsstruktur ganz grundsätzlich von der SPÖ und anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa. Sie hat nämlich zwei unterschiedliche Arten von Mitgliedern: Personen, die sich der Partei als individuelle Mitglieder angeschlossen haben sowie Organisationen wie Gewerkschaften und »socialist societies«, die als Kollektivmitglieder der Partei angehören. Dazu gehören beispielsweise die Fabian Society, die Labour Students und große Gewerkschaften wie GMB. Das heißt, zu den rund 220.000 Labour-Direktmitgliedern kommen noch rund 3 Millionen Gewerkschafts- und Organisationsmitglieder hinzu. Diese Struktur muss natürlich auch bei innerparteilichen Wahlen und Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

Der Leader und der Deputy Leader, also der oder die Vizevorsitzende, werden nach dem gleichen Verfahren gewählt. In einer ersten Phase müssen die KandidatInnen, die auch Unterhausabgeordnete sein müssen, Unterstützungserklärungen in der Unterhausfraktion sammeln. Das stellt eine gewis-

Abbildung 1: Labour Party Leadership Election 2010 – Erstpräferenzen

Candidate	MPs/MEPs		Labour Party members		Affiliated members		Total
	Votes	%	Votes	%	Votes	%	%
David Miliband	111	13,91%	55.905	14,69%	58.189	9,18%	37,78%
Ed Miliband	84	10,53%	37.980	9,98%	87.585	13,82%	34,33%
Ed Balls	40	5,01%	12.831	3,37%	21.618	3,41%	11,79%
Andy Burnham	24	3,01%	10.844	2,85%	17.904	2,83%	8,66%
Diane Abbott	7	0,88%	9.314	2,45%	25.938	4,09%	7,42%

Abbildung 2: Labour Party Leadership Election 2010 – Endrunde

Candidate	MPs/MEPs		Labour Party members		Affiliated members		Total
	Votes	%	Votes	%	Votes	%	%
Ed Miliband	122	15,52%	55.992	15,20%	119.405	19,93%	50,65%
David Miliband	140	17,81%	66.814	18,13%	80.266	13,40%	49,35%

se Hürde für Kandidaturen dar. 12,5% der Abgeordneten der Unterhausfraktion (Parliamentary Labour Party, PLP), also jeder achte Labour-MP, müssen die Nominierung des Leaders oder des Deputy Leaders unterstützen.

Die Wahl findet in einem virtuellen »electoral college« statt. Es besteht aus drei Gruppen von Wahlberechtigten: erstens den Labour-Abgeordneten im Unterhaus und im Europäischen Parlament, zweitens den Parteimitgliedern in den Wahlkreisorganisationen (Constituency Labour Party, CLP) und drittens den Mitgliedern der Vorfeldorganisationen (»socialist societies«) und Gewerkschaften. Bei den nächsten Leadership Elections sollen in dieser Kurie auch registrierte SympathisantInnen ihre Stimme abgeben dürfen.

Jede dieser Gruppen verfügt über genau ein Drittel des gesamten Stimmengewichts. Dieses System impliziert daher ein unterschiedliches Gewicht der einzelnen Stimmen: Die rund 270 Abgeordneten der Partei haben den gleichen Einfluss wie die 3 Millionen Gewerkschafts- und Vorfeldorganisationsmitglieder.

Der Wahlgang wird mittels Briefwahl durchgeführt. Das Wahlverfahren für Leader und Deputy Leader ist das sogenannte »Instant Run-off Voting«-Verfahren. Im Deutschen spricht man von der »Rangfolgewahl« oder der »Wahl mit integrierter Stichwahl«. Die WählerInnen und Wähler nummerieren dabei die KandidatInnen nach ihrer Präferenz. Wenn der Kandidat oder die Kandidatin, der oder die die Erstpräferenz erhalten hat, erfolglos ist, wird die Stimme auf die zweitgeriehte Person und möglicherweise auch auf weitere KandidatInnen entsprechend der Reihenfolge des Wählers oder

der Wählerin übertragen. Das erspart die Durchführung von weiteren Wahlgängen bzw. von Stichwahlen und stellt dennoch sicher, dass der gewählte Kandidat oder die gewählte Kandidatin mehr als 50% der Stimmen erhält.

Jedes Mitglied erhält ein Wahlkuvert für die Bereiche, in denen es wahlberechtigt ist. Ein Abgeordneter mit Gewerkschaftsmitgliedschaft darf als Abgeordneter, als Mitglied seiner Wahlkreisorganisation und als Gewerkschaftsmitglied seine Stimme abgeben. In jedem dieser Bereiche werden die Stimmen separat ausgezählt und gewichtet. Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der gewichteten Stimmen auf sich vereinigt.

LABOURS LEADERSHIP-WAHL 2010

Nach der Wahlniederlage der Labour Party fand im Jahr 2010 eine Vorsitzwahl statt. Es handelte sich um ein Duell zweier Brüder, David und Ed Miliband. Es gab aber noch drei weitere KandidatInnen, allerdings mit nur geringen Chancen auf den Sieg: Ed Balls, Andy Burnham und Diane Abbott.

Klarer Favorit der Parteiführung und der Medien war der ältere der beiden Brüder, der frühere Außenminister David Miliband. Das »electoral college« entschied aber anders als erwartet. David Miliband konnte zwar die meisten Erstpräferenzen auf sich vereinigen. Auch beim Wahlbereich der Parteimitglieder lag er nach Übertragung aller Stimmen vor seinem Bruder Ed. Mit 50,65% zu 49,35% setzte sich Ed Miliband aber knapp vor David Miliband durch. Ausschlaggebend waren die Stimmen der »affiliated members«, also der Gewerkschafts- und Organisationsmitglieder (vgl. Abb. 1 und 2) und die Stimmübertragungen der unterlegenen Kandida-

Abbildung 3: Beteiligung an der Leadership Election 2010

Wahlbereich	Abgegebene Stimmen	Wahlbeteiligung
Abgeordnete MPs/MEPs	266	98,5%
Parteimitglieder CLP	126.874	71,7%
Mitglieder Vorfeldorganisationen	211.234	9,0%

tInnen. Noch knapper war die Wahlentscheidung bei der Deputy Leadership Election, der Wahl des Vizeparteivorsitzes im Jahr 2007. Dabei setzte sich Harriet Harman in einem Feld von sechs KandidatInnen mit 50,4% zu 49,6% gegen Alan Johnson durch.

Einen Hinweis auf die Legitimation dieses Wahlprozederes gibt die Beteiligung der Wahlberechtigten. Während fast alle Abgeordneten an der Wahl teilnehmen, ist die Beteiligung auch unter den Mitgliedern mit über 70% sehr hoch. Unter den über 3 Millionen Mitglieder der »socialist societies« und Gewerkschaften ist die Wahlbeteiligung aber nur sehr gering. Die wahlberechtigten Abgeordneten müssen ihre Stimme öffentlich abgeben. Das Wahlgeheimnis ist für diese Wahlkurie also außer Kraft gesetzt. Deshalb nahmen auch die amtierende Vizevorsitzende (Deputy Leader) Harman und der ehemalige Premierminister und gewählte Abgeordnete Brown an dieser Wahl nicht teil. (Abb. 3)

FRANKREICHS »PARTI SOCIALISTE«

In der Sozialistischen Partei Frankreichs legt der nationale Parteitag die Grundlinie der Partei für die nächsten drei Jahre fest. Seine Aufgabe ist es aber auch, die Diskussion im Vorfeld innerhalb der Partei anzuregen. Der Kongress wird als eine Einladung verstanden, programmatische Vorschläge zu unterbreiten und Thesenpapiere zu veröffentlichen.

Ausgangspunkt aller inhaltlichen und Personalentscheidungen ist die vorgeschaltete Abstimmung der Parteimitglieder über die Generalanträge der Parteiströmungen für den Parteitag. Ein Generalantrag ist ein Antrag, der einen Vorschlag für die grundsätzliche politische Richtung der ps unterbreitet und kann mit den in Österreich und Deutschland üblichen Leitträgen verglichen werden. Er behandelt verschiedene Politikfelder und repräsentiert das politische Gedankengut der in der Partei vorhandenen politischen Strömungen. Die Parteimitglieder stimmen in den Sektionen über die verschiede-

nen Generalanträge der Partei ab. Die Abstimmung findet in geheimer Wahl während eines Parteitreffens statt. Eine Briefwahl wie bei Labour ist nicht möglich.

Jedem dieser Anträge liegt eine Liste bei, auf der die KandidatInnen dieser Strömung für die lokalen Führungsposten genannt werden. Entsprechend ihres Stimmanteils entsenden sie dann Delegierte auf die Konferenzen der Departments. Anschließend finden die Departementverbandskonferenzen der ps und die Wahl der Delegierten für den nationalen Parteitag statt. Die Delegierten werden wieder proportional zum Stimmanteil der Generalanträge bestimmt.

Aufgabe des Parteitags ist es nun, über eine mögliche »Synthese« der ursprünglichen Anträge abzustimmen. Diese »Synthese« soll ein Kompromiss sein, der Positionen aus verschiedenen Anträgen beinhaltet. Ausgangsbasis für die Arbeit an der »Synthese« ist zumeist der Text, der bei der Abstimmung der Mitglieder die meisten Stimmen erhalten hat. Die Änderungs- und Ergänzungsvorschläge der anderen Strömungen werden von einem Redaktionskomitee in den Ausgangstext eingearbeitet. Der Synthese-Text wird schließlich den Delegierten zur Abstimmung vorgelegt. Nur beim Parteitag 1990 konnten sich die Strömungen auf keine Synthese einigen.

Die AntragstellerInnen der beiden stimmenstärksten Generalanträge sind automatisch auch die KandidatInnen für den Parteivorsitz auf nationaler Ebene. Sie treten dann noch vor dem Parteitag in weiteren Sektionsversammlungen in einer Stichwahl gegeneinander an. Diese wird auch dann durchgeführt, wenn ein Vorsitzkandidat oder eine -kandidatin mit seinem oder ihrem Generalantrag mehr als 50% der Stimmen erreicht. Die wichtigsten Entscheidungen sind also bereits gefallen, wenn der Parteitag zusammentritt. Erst nach dem Parteitag findet die Wahl der Sektions- und Departmentverbandsvorsitze in geheimer Wahl durch die Mitglieder statt. Erreicht im ersten Wahlgang ein Kandidat oder eine Kandi-

Abbildung 4: Ergebnis der Abstimmung über die PS-Generalanträge 2012

Motion	AntragstellerIn	Ergebnis	
	VorsitzkandidatIn	Stimmen	%
1 – Mobiliser les Français pour réussir le changement	Harlem Desir	58.135	67,87%
3 – Maintenant la gauche	Emmanuel Maurel	11.283	13,28%
4 – Oser. Plus loin. Plus vite	Stephane Hessel	10.005	11,78%
2 – Question de principes	Juliette Meadel	4.361	5,13%
5 – Toulouse, mon congrès	Constance Blanchard	1.154	1,36%
Abstimmung			%
Mitglieder		173.468	
Abgegebene Stimmen		87.898	50,67%
Ungültige Stimmen		2.960	3,37%
Gültige Stimmen		84.938	96,63%

Abbildung 5: Beteiligung bei den Wahlen in der PS 2012

Art der innerparteilichen Wahl	Abgegebene Stimmen	Wahlbeteiligung
Abstimmung Generalanträge	87.898	50,67%
Partei vorsitz 2. Wahlgang	ca. 80.700	46,50%

Zahl der Parteimitglieder zum Zeitpunkt der Abstimmung (2012): 173.468. Die Parti Socialiste hat keine genauen Stimmenzahlen für den 2. Wahlgang veröffentlicht. Die Zahl der abgegebenen Stimmen wurde aus der Mitgliederzahl und der veröffentlichten Wahlbeteiligung errechnet.

datin keine absolute Stimmenmehrheit, so kommt es zu einer Stichwahl.

Bis zum Parteitag 2012 wurde die Wahl des nationalen Vorsitzenden gemeinsam mit den Vorsitzenden auf den unteren Ebenen durchgeführt. Durch eine Statutenänderung wurde sie aber vorgezogen und mit der Abstimmung über die Generalanträge zusammengelegt.

FRANZÖSISCHE PS-KONGRESSE 2012 UND 2008

Im Oktober 2012 fand der letzte Kongress der ps statt. Insgesamt 19 Antragsvorschläge wurden davor offiziell eingereicht. Sie wurden schließlich zu fünf Generalanträgen zusammengefasst, die dann zur Debatte und damit auch zur Abstimmung standen. Nur vier haben aber die Relevanzschwelle von 5% der abgegebenen Stimmen überwunden:

Antrag 1 war der von Anfang an favorisierte Antrag des Vorsitzkandidaten Harlem Desir. Er wurde auch von der amtierenden Parteivorsitzenden Martine Aubry, dem Premierminister Jean-Marc Ayrault und der Mehrheit der sozialistischen Abgeordneten und Regierungsmitglieder unterstützt. Er repräsentierte somit das Parteiestablishment und erreichte bei

der Abstimmung mit 68,2% eine deutliche absolute Mehrheit. Mit 13,4% landete der Generalantrag der ps-Linken (Antrag 3) auf Platz 2. Antragsteller und damit auch Kandidat für den nationalen Vorsitz war Emmanuel Maurel. Mit 11,9% und 5,2% übersprangen auch die Anträge von Stephane Hessel (Antrag 4) und Juliette Meadel (Antrag 2) die 5%-Hürde. Sie waren am Parteitag ebenfalls mit Delegierten vertreten, nahmen aber aufgrund der Verfehlung einer Top-2-Platzierung nicht an der Vorsitzwahl teil. (Abb. 4)

Auch die Stichwahl zwischen den beiden Vorsitzkandidaten brachte eine klare Entscheidung: Harlem Desir wurde mit 71,9% zum neuen Parteivorsitzenden der Parti Socialiste gewählt. (Abb. 5)

Zahl der Parteimitglieder zum Zeitpunkt der Abstimmung (2012): 173.468. Die Parti Socialiste hat keine genauen Stimmenzahlen für den 2. Wahlgang veröffentlicht. Die Zahl der abgegebenen Stimmen wurde aus der Mitgliederzahl und der veröffentlichten Wahlbeteiligung errechnet. Während die Antragswahl und die Vorsitzwahl im Jahr 2012 eine klare Entscheidung brachte, war die Situation beim Parteitag im Jahr 2008 weniger eindeutig. Damals wurde der Generalantrag von

Abbildung 6: PD-Ergebnisse 2009 – Parteimitglieder

Kandidaten	Stimmen	%
Pier Luigi Bersani	255.189	55,1%
Dario Franceschini	171.041	37,0%
Ignazio Marino	36.674	7,9%
Summe	462.904	100,0%

Abbildung 7: PD-Ergebnisse 2009 - Offene Vorwahl

Kandidaten	Stimmen	%	Delegierte
Pier Luigi Bersani	1,603,531	53,2%	530
Dario Franceschini	1,035,026	34,3%	339
Ignazio Marino	378,211	12,5%	131
Summe	3,016,768	100,0%	1000

Abbildung 8: Beteiligung bei den PD-Wahlen 2009

Art der Wahl	Abgegebene Stimmen	Wahlbeteiligung
Abstimmung Mitglieder	462.904	56,40%
Vorwahl SympathisantInnen	3.016.768	---

Ségolène Royal mit nur 29% stimmenstärkster Antrag. Die Zentristen um den Pariser Bürgermeister Delanoë erreichten 25%, die linke Mitte unter der Führung von Martine Aubry 24% und die Parteilinke lag bei 19%. Damals wurde der erste Wahlgang für den nationalen Vorsitz noch getrennt von der Antragsabstimmung durchgeführt. Im ersten Wahlgang lag Ségolène Royal mit rund 42% mehr als 8% vor der zweitplatzierten Martine Aubry. In der Stichwahl setzte sich allerdings Martine Aubry mit einer denkbar knappen Mehrheit von 50,02% gegen ihre Herausforderin Royal durch.

ITALIENS »PARTITO DEMOCRATICO«

Die Demokratische Partei Italiens hält zur Wahl ihrer Führungsgremien sogenannte »Vorwahlen« ab. Dabei handelt es sich dabei nicht um Vorwahlen im eigentlichen Sinne, sondern um die Wahl von ParteifunktionärInnen. Der wesentliche Unterschied zur Parti Socialiste ist, dass innerparteilichen Wahlen »offen« abgehalten werden. Es dürfen sich nicht nur

Parteimitglieder, sondern auch alle anderen Personen, die die Werte der Partei teilen und eine Parteispende leisten, an der Abstimmung beteiligen. Das heißt, auch Nicht-Parteimitglieder wählen den »Segretario Nazionale«, den Parteivorsitzenden der PD sowie die Regionalvorsitzenden, im Italienischen »Segretario Regionale«. Diese offenen Vorwahlen für Parteigremien sind ein Alleinstellungsmerkmal dieser Partei. Voraussetzung für eine Kandidatur für den nationalen Parteivorsitz sind 1.500 Unterstützungserklärungen von Parteimitgliedern aus mindestens 5 Regionen. Der Vorwahlprozess besteht aus zwei gleichzeitig stattfindenden Wahlen: den Wahlen zu den nationalen und zu den regionalen Parteigremien. Es wird getrennt mit zwei unterschiedlichen Stimmzetteln abgestimmt.

Der Prozess besteht aus zwei Phasen. In der ersten Phase stimmen ausschließlich die Parteimitglieder in Sektionsversammlungen über die KandidatInnen für den Parteivorsitz ab. Bei dieser Wahl dürfen ausschließlich beitragszahlende Mit-

glieder abstimmen. Sie treffen dabei aber nur eine Vorauswahl an KandidatInnen. Proportional zu ihrem Abstimmungsergebnis entsenden sie dann Delegierte zur Regional- und Nationalkonferenz der PD. Diese Konferenzen stimmen über die programmatischen Leitanträge ab, die von den VorsitzkandidatInnen vorgelegt werden.

Das Ziel dieser Phase ist es, KandidatInnen, die keine Unterstützung in der Mitgliedschaft haben, vom Wahlvorgang auszuschließen. Nur KandidatInnen, die mindestens 15% der Stimmen erreicht haben, aber zumindest die drei stärksten KandidatInnen nehmen an der allgemeinen Wahl teil. Die Parteimitglieder bestimmen also, wer kandidieren darf. Die Letztentscheidung treffen sie dann aber gemeinsam mit den SympathisantInnen.

In der zweiten Phase werden sogenannte Vorwahlen im ganzen Land abgehalten, die offen für alle sind, die sich zu den Werten der PD bekennen, bei der Stimmabgabe eine Mindestspende von zwei Euro entrichten und ihre Kontaktdaten bekannt geben.

Die WählerInnen geben zwei Stimmen ab: Eine Stimme für den nationalen Vorsitz und eine zugehörige Liste für die Nationalversammlung sowie eine zweite Stimme für den Regionalvorsitz und eine zugehörige Liste für die Regionalversammlung der Partei. Mit jeder Kandidatur sind eine oder mehrere Listen verbunden, die gewisse Strömungen und Inhalte repräsentieren. VorsitzkandidatInnen, deren Listen gemeinsam auf über 50% der Stimmen kommen, sind als Vorsitzende gewählt. Erhält keine Kandidatin oder kein Kandidat bei der Vorwahl die absolute Mehrheit, so findet eine Stichwahl in der Nationalversammlung bzw. in der Regionalversammlung der Delegierten statt.

VORWAHLEN DER PARTITO DEMOCRATICO 2009

Nach der Gründung der Demokratischen Partei im Jahr 2007 haben zwei Vorsitzwahlen stattgefunden: die erste Wahl im

Gründungsjahr und die zweite nach Rücktritt des damaligen Vorsitzenden Walter Veltroni im Jahr 2009. Die Wahlperiode beträgt eigentlich 4 Jahre. Drei Kandidaten traten zur letzten Wahl auf nationaler Ebene an: Pier Luigi Bersani, Dario Franceschini sowie Ignazio Marino. Bei der Abstimmung unter den Parteimitgliedern lag Luigi Bersani mit 55,1% klar vorne (vgl. Abb. 6).

Wenn zwei unterschiedliche Gruppen von WählerInnen – die Mitglieder und die SympathisantInnen – an einer Wahl teilnehmen, dann stellt sich die Frage, ob es Unterschiede in den Präferenzen gibt, ob die Vorentscheidung der Parteimitglieder nicht durch die offene Vorwahl revidiert wird.

Bei einer näheren Betrachtung der Ergebnisse sieht man, dass das bei der PD eindeutig nicht der Fall war. Die Abstimmung ist unter den SympathisantInnen fast genauso wie unter den Mitgliedern ausgefallen. Die Differenzen waren nur sehr gering (vgl. Abb. 6 und 7).

Die Beteiligung der Parteimitglieder an der Vorauswahl der KandidatInnen für den Vorsitz war mit 56,40% ähnlich hoch wie in der Parti Socialiste in Frankreich (vgl. Abb. 8). Für die Vorwahl der SympathisantInnen kann keine sinnvolle Wahlbeteiligung angegeben werden, da es keine zuverlässige Zahl über die mit der PD sympathisierenden Personen in der italienischen WählerInnenschaft gibt. Die Abbildung 9 stellt die wesentlichen Unterschiede zwischen den drei Modellen nochmals in verkürzter Form dar.

FAZIT

Abschließend sollen die zentralen Elemente der beschriebenen Vorsitzwahlen nochmals zusammengefasst werden:

1. Die Parteimitglieder bzw. die SympathisantInnen haben die Möglichkeit, ihre politischen Präferenzen in demokratischen innerparteilichen Wahlen zum Ausdruck zu bringen.
2. Innerparteiliche Wahlen sind fast immer kompetitive

Abbildung 9: Vergleich der innerparteilichen Wahlsysteme: Frankreich, Italien und UK

	Frankreich	Italien	UK
Wer?	Parteimitglieder	Demokratische WählerInnen, also Mitglieder und SympathisantInnen	Parteimitglieder
Was?	inhaltliche Grundsatzanträge (fraktionelle Zusammensetzung der Gremien) Vorsitzwahl	VorsitzkandidatInnen und Listen (meist mehrere Listen pro KandidatIn) auf nationaler und regionaler Ebene	Leader & Deputy Leader NEC: 6 von 31 Mitgliedern NPF: 55 von 194 Mitgliedern
Wo?	Wahl bei Sektions-versammlungen	Wahl in öffentlichen Wahllokalen (Vorauswahl bei Sektionsversammlungen)	Briefwahl
Direktwahl	Direktwahl getrennt von anderen Parteigremien, bei der Antragswahl nur eine Stimme für alle Ebenen	eine Stimme für jede Ebene – für die Liste und Vorsitz gleichzeitig	Vorsitz: Reihung der KandidatInnen, Mehrheitswahl bei NEC und NPF
Hürden	5%-Sperrklausel bei Anträgen	Vorabstimmung unter Parteimitgliedern: 15% der Stimmen oder mind. 3. Platz (5%)	Mehrheit der Stimmen, kein Verhältniswahlrecht, Vorauswahl in der Fraktion, Nominierungen von CLPs und Organisationen

Wahlen mit mehreren KandidatInnen. Zumeist ist vor der Wahl noch nicht klar, wer siegreich aus dem Wahlgang hervorgehen wird.

3. Innerparteiliche Wahlen werden öffentlich ausgetragen.

Alle diese Prinzipien sind in der SPÖ nicht einmal in Ansätzen verwirklicht. Es liegt daher der Schluss nahe, dass der innerparteiliche Einfluss der SPÖ-Mitglieder deutlich geringer ist als jener der Mitglieder der drei dargestellten Parteien. Eine direkte Übertragung dieser Modelle auf die SPÖ erscheint aber nicht sinnvoll, da sich die Organisationsstrukturen der SPÖ deutlich von jenen in Großbritannien, Frankreich und Italien unterscheiden. Die in diesem Beitrag präsentierten Beispiele zeigen aber, wie Mitgliedern größerer Einfluss auf Personal und Inhalte einer Partei ermöglicht werden kann, wie auch kritische Stimmen und Minderheitsmeinungen gehört werden können und wie ein diskursiver Prozess innerhalb einer Partei angeregt und institutionalisiert werden kann. Insofern zeigen sie Wege auf, an denen sich eine Organisations- und Statutenreform innerhalb der SPÖ orientieren kann. 

Literatur

Hanretty, Chris & Wilson, Alex: The troubled early years of the Partito Democratico, 2009 | **Hillebrand, Ernst:** Ablauf der Wahl des Parteivorsitzenden des Parti Socialiste, Friedrich-Ebert-Stiftung Paris, 2008 | **Hillebrand, Ernst:** Die Sozialistische Partei Frankreichs nach dem Parteitag von Reims, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2009 | **Kelly, Peter; Lester, Paul & Durkin, Mary:** Leadership Elections: The Labour Party, 2010 | **LeDuc, Lawrence:** Democratizing Party Leadership Selection. Party Politics, Vol 7, No 3, pp. 232-341, 2001 | **Quinn, Thomas:** Electing the Leader: The British Labour Party's Electoral College. The British Journal of Politics & International Relations, Volume 6, Issue 3, pages 333–352, August 2004 | **The Labour Party:** Labour Party Rule Book 2012

OLIVER ZWICKELSDORFER

ist Politikwissenschaftler und Volkswirt
und in der Sektion 8 der SPÖ Wien-Alsergrund aktiv.

SPIELE DER STADT WIEN MUSEUM



LOTTO-KOLLEKTUR, 1902
AUGUST MANSFELD, ÖLGEMÄLDE AUF HOLZ
© WIEN MUSEUM

by Mansfeld

Quo vadis Sozialdemokratie?

Das Spannungsfeld zwischen dem Festhalten an Kernpunkten des »Dritten Wegs« und Versuchen einer Neuorientierung prägt die aktuelle Situation sozialdemokratischer Parteien in Europa. Armin Puller skizziert dominante parteiinterne Aufarbeitungen des »Dritten Wegs« und betont die Notwendigkeit einer tiefgehenden Auseinandersetzung mit dieser Phase als Voraussetzung für die Entwicklung eines neuen Kurses.

Um die Sozialdemokratie ist es derzeit in Europa bekanntlich nicht sehr gut bestellt: Nach außen hat sie mit allgemeiner Parteienverdrossenheit und Schwierigkeiten bei der angemessenen Repräsentation ihrer sozialen Basis zu kämpfen, nach innen mit Mitgliederverlusten, wachsender Entfremdung zwischen Parteibasis und Parteiführungen und desillusionierten FunktionärInnen. Wenngleich seit den französischen Wahlen auch in EU-Kernländern wieder sozialdemokratische Parteien in Regierungsverantwortung sind, so zeichnet sich die gegenwärtige politische Situation dennoch weniger durch eine starke europäische Linke als vielmehr durch eine manifeste politische und ideologische Krise aus.

Als Reaktion auf die Niederlagen der letzten Jahre – insb. in Deutschland 2005 und 2009, bei den EU-Wahlen 2009 sowie in Großbritannien 2010 – wurde von sozialdemokratischen SpitzenpolitikerInnen vermehrt auch der Kurs des »Dritten Wegs« bzw. der »Politik der neuen Mitte« als Ursache der ausbleibenden Mobilisierung und politischen Passivierung benannt. Angesichts der großen Begeisterung, die der »Dritte Weg« einst europaweit auslöste, verdient seine gegenwärtige kritische Beurteilung besondere Aufmerksamkeit.

SELBSTKRITISCHE WORTE

Erste Ausgangspunkte der Kritik am »Dritten Weg« lassen sich v.a. in Deutschland und Großbritannien feststellen. Jeweils unter dem Druck bevorstehender Wahlen und der Notwendigkeit, die sich abzeichnenden Absetzbewegungen gerade in den ArbeiterInnenhochburgen zu verhindern, begannen Par-

teiführungen mit der Thematisierung der sozialen Schlagsseite ihrer vergangenen Strategien und insb. des Projekts der workfareistischen Modernisierung des Wohlfahrtsstaats (Koppelung von Sozialleistungen an disziplinierende Aktivierung).

In der SPD wurde nach den Wahlen 2005, bei denen die innerparteilichen Bruchlinien in einer Parteiabspaltung gipfelten, eine Programmdiskussion eingeleitet, die zur Wiederherstellung der Parteieinheit dienen und KritikerInnen der Agenda 2010 und von Hartz IV versöhnen sollte. Das Programm, das nach langen Debatten 2007 verabschiedet wurde, kombiniert alte Kerngedanken des Dritten Wegs (»vorsorgender« statt »versorgender Sozialstaat«) mit einigen linkeren Einsprengseln (etwa dem allgemeinen Bekenntnis zum »demokratischen Sozialismus« und zu Verteilungsgerechtigkeit) und der Entlehnung ordoliberaler Konzepte wie der »sozialen Marktwirtschaft« (Nachtwey 2009: 227ff.).

Durch eine neue Parteiführung unter Kurt Beck, in der sich die dominante Modernisierungsfraktion zugunsten der beiden anderen Parteiflügel – der urbanen »Netzwerker« und der »parlamentarischen Linken« – etwas zurücknahm, konnte die Kohäsion der Partei zwar hergestellt werden, jedoch machte sich der Widerspruch zwischen der neuen und nicht immer konsistenten Programmatik und der Realpolitik in der von Merkel geführten Koalition zunehmend bemerkbar. Vor den Wahlen 2009 ging Sigmar Gabriel, dritter und auch aktueller Vorsitzender nach Kurt Beck, in die Offensive und kritisierte die SPD-Regierungsbeteiligung dafür, die soziale Spaltung und Einkommenspolarisierung nicht ausreichend bekämpft

* So kann man in einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD aus dem Mai 2010, als sozialdemokratische Regierungen in Europa an einer Hand abzählbar waren, folgendes lesen: »Von einem Ende der Sozialdemokratie kann keine Rede sein. Auch eine strukturelle Krise ist nicht erkennbar, da sich die sozialdemokratischen Parteien ihren Charakter als Volksparteien und ihren Identitätskern bewahren konnten. Die Tatsache, dass gerade in Westeuropa sozialdemokratische

Regierungen abgewählt worden sind, ist mit normalen zyklischen Entwicklungen zu erklären. [...] Trotz zahlreicher Niederlagen sozialdemokratischer Parteien in Europa lässt sich kein statistisch signifikanter Abwärtstrend nachweisen. Bei den Wählerprofilen zeigt sich, dass die Wählerstruktur sozialdemokratischer Parteien ziemlich genau den gesamtgesellschaftlichen Strukturen entspricht.« (Wessels 2010).

und die soziale Infrastruktur unterfinanziert zu haben sowie bei der Entwicklung eines »klassengesellschaftlichen Neofeudalismus«, in dem sozialer Aufstieg durch Leistung erschwert wurde, tatenlos zuzusehen zu haben.

Zugleich bemühte sich Gabriel darum, dass diese Kritik nicht als prinzipielle Zurückweisung der rot-grünen Projekte zwischen 1998 und 2005, sondern nur als durch soziale Abfederung zu ergänzende Korrektur verstanden wurde (Walter 2010: 94). Die Widersprüchlichkeit dieser Positionierung prägte nicht nur den desaströs verlorenen Wahlkampf 2009, sondern findet sich auch in der gegenwärtigen Strategie wieder. Obwohl die SPD zahlreiche ernsthafte Bemühungen der organisatorischen Erneuerung an den Tag legt (Butzlaff/Micus 2011), verbleibt die inhaltliche Ausrichtung eher bei taktischen Entscheidungen und Änderungen auf der Ebene der politischen Kommunikation stehen.

In Großbritannien waren leise Kritiken am »Dritten Weg« bereits mit dem Wechsel von Tony Blair auf Gordon Brown 2007 zu vernehmen. Nach der Wahlniederlage 2010 setzte sich der mit den Stimmen der Gewerkschaften an die Parteispitze gewählt Ed Miliband mit einem propagierten Kurswechsel und expliziten Bruch mit »New Labour« durch und schlug in eine ähnliche Kerbe wie Gabriel: In der Regierungsphase sei man, so Miliband (2011), den Märkten zu optimistisch gegenübergetreten, weshalb sich ArbeiterInnen und Niedrigeinkommensbeziehende von der Partei entfremdet haben. Selbst von den führenden konzeptiven Intellektuellen des Blairismus kann man mittlerweile regelmäßig Worte der Selbstkritik hören: Anthony Giddens, der noch 2007 für eine Fortsetzung des Blairismus warb, erklärt heute, dass die Begrenzung der Macht von Banken und Konzernen ein größeres Anliegen hätte sein müssen.

Der zentrale Autor des »Schröder-Blair-Papiers« von 1999, Peter Mandelson, der in der ersten Amtszeit Blairs über das Auseinanderklaffen von Armut und Reichtum nur Witzchen

zu erzählen bereit war, und auch heute in der Blair-fanatischen Parteiströmung »Progress« aktiv ist, erklärte letztes Jahr in einem BBC-Interview, dass sein Glaube an die Chancen der Globalisierung überzogen und seine Gelassenheit hinsichtlich Reichtumsanhäufungen falsch war (The Guardian, 26.01.2012). Die deutlichen Abgrenzungen zu »New Labour«, die Miliband vornimmt, bleiben bei genauerer Analyse seiner Argumentationen ebenso ambivalent wie die Gabriels: Hinter der »progressiven Mehrheit«, die gegen den Sparkurs der Konservativen gegründet werden soll, verbirgt sich weniger grundsätzliche Kritik als Taktik und hinter dem Slogan der »one nation« scheint die blairistische Politik der Mitte hervor.

STRATEGISCHE NEUAUSRICHTUNGEN?

Trotz der betonten offiziellen Abkehr vom »Dritten Weg«, neuen Koalitionen in den Parteiführungen etwa von SPD und Labour Party, die die ehemals verschmähten Gewerkschaftsflügel wieder einbinden und Versuchen der Re-Orientierung an ArbeiterInnen und Niedrigeinkommensbeziehenden gegenüber der »neuen Mitte«, bleibt die Entwicklung einer neuen Strategie noch dem Blairismus verhaftet. Dies hängt auch mit der verbreiteten Vorstellung zusammen, eine Verbesserung der Medienprofessionalität und die Mobilisierung des Wahlvolks durch Begeisterung seiner Gefühle würden für Wahlerfolge in der Zukunft ausreichen.

Der Narrativ von der schlechten politischen Kommunikation als Ursache der Krise der Sozialdemokratie stellt eine immer noch dominante Umgangsweise dar. Sie basiert auf der Abwehr einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem Blairismus und betreibt seine Fortsetzung durch Verkleidungen in neue PR-Rhetorik. In dieser Herangehensweise wird die gegenwärtige Schwäche der Sozialdemokratie nicht mit ihrem Kurs in Verbindung gebracht, sondern etwa als zufälliges gleichzeitiges Zusammentreffen von Wahlniederlagen im Rahmen zyklischer Wahlrends* oder als Ergebnis fehlerhaften Taktierens interpretiert. Die Bemühungen um eine neue Strategie zeigen, dass die Problemverleugnung und die Be-

schränkung auf politische Kommunikation in den meisten Parteisekretariaten offenbar nicht mehr für plausibel gehalten werden.

Das bei Gabriel und Miliband beobachtbare Ringen um einen neuen Narrativ entspricht einer zweiten Strategie. Die neue Programmatik zentriert sich um die Kategorie des »Fortschritts« und zielt auf eine Erneuerung bzw. Wiederbelebung der Kombination kapitalistischen Wirtschaftswachstums und individueller Aufstiegsmöglichkeiten ab. Fortschritt soll einerseits auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse allgemein verweisen, andererseits auch an den sozialdemokratischen Fortschrittsglauben fordristischer Zeiten anschließen. Themen wie Umverteilung, die im »Dritten Weg« aus der Rhetorik getilgt wurden, tauchen wieder prominent auf. Wenngleich Umverteilung dabei eher als symbolischer Beitrag der Reichen in Krisenzeiten und weniger als notwendige ökonomische Regulierung zur Reduktion von Finanzmärkten und Privatvermögen sowie zur Schließung der Schere von Armut und Reichtum verstanden wird, scheint alleine das Thema einen fundamentalen Bruch mit der alten Linie darzustellen.

Ob der Schritt vom Symbolischen zum Materiellen durchschlägt, lässt sich noch schwer beurteilen und wird wesentlich davon abhängen, ob unter einer Politik zur Herstellung von Gleichheit mehr verstanden wird als Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen zur Verbesserung der individuellen Wettbewerbsfähigkeit von Arbeitslosen. Die Tatsache, dass viele sozialdemokratische Parteien und SpitzenpolitikerInnen selbst in Zeiten der schwersten Wirtschaftskrise seit 1929 kaum tiefgehende Kritiken über die kapitalistische Wirtschaftsweise und ihre Auswirkungen oder über Strukturen der Ausbeutung und Unterordnung in der Arbeitswelt zu äußern wagen, spricht eher dagegen. Bislang scheint es so, dass die post-blairistische Sozialdemokratie mit diskursiven Akzentsetzungen beschäftigt ist, noch nicht aber mit der Ausarbeitung politischer Alternativen, die diesem Diskurs gerecht werden würden. Die zweite Strategie der Entwicklung eines neuen

Narrativs birgt die Gefahr, bei der »Profilschärfung« stehen zu bleiben und über die Ebene der politischen Kommunikation nicht hinauszukommen. Eine solche Gefahr wird auch durch einzelne Analysen aus Parteiakademien und sozialdemokratischen think tanks befördert. Gerade in jenen Parteien, in denen der Parteienwandel zur »neuen Sozialdemokratie« besonders effektiv umgesetzt wurde, wird die prinzipielle Richtigkeit des »Dritten Wegs« betont und die Kritik darauf beschränkt, dass die »negativen Aspekte von Globalisierungsprozessen« deutlicher hätten benannt werden müssen. Dadurch hätte im sozialdemokratischen Diskurs neben der Kritik an hartem Neoliberalismus und traditioneller Sozialdemokratie auch eine positive Gesellschaftsvision transportiert werden können.

Entgegen dieser Ansicht gab es unter Blair und Schröder allerdings nicht wenige Versuche, genau eine solche Zukunftsvision zu zeichnen, nämlich die der »meritokratischen Gesellschaft«. Sie beruht auf dem Gedanken, dass Bildung und Qualifizierung sozialen Aufstieg ermöglichen und der nicht erfüllten Behauptung, dass grundsätzlich alle Gesellschaftsmitglieder und sozialen Gruppen daran Anteil haben könnten. Die konkreten Umsetzungen dieser Vision gipfelten in einer Reformpolitik, die von Unternehmen gewünschte Arbeitsmarkt- und Steuerpolitiken exekutierte, und behauptete, diese seien im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und würden zur Erhöhung von sozialer (Chancen-)Gleichheit beitragen. Nicht das Fehlen einer blairistischen Gesellschaftsvision, sondern seine Unattraktivität für jene sozialen Gruppen, deren sozialer Abstieg bzw. deren soziales Scheitern individualisiert und als Ursache mangelnden Leistungswillens gedeutet wurde, sind schuld an seinem Niedergang.

Eine dritte Strategie, die Ausblendungen und Begrenzungen der beiden anderen Strategien überwindet, sollte darauf abzielen, die »Profilschärfung« für die Entwicklung eines neuen politischen Projekts zu nutzen, das eine ernsthafte Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zum

Gegenstand hat. Ausgangspunkte für diese Strategie finden sich in den Debatten über Veränderungen des Verhältnisses von (Wohlfahrts-)Staat und Ökonomie, der Diskussion um Glück und Lebensqualität sowie in Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit. Genau diese Debatten sind es, die in den politischen Verhältnissen der letzten Jahre eher abgängig waren und zugleich historisch genuin mit der Sozialdemokratie verbunden sind. Vorläufig behindert noch das hartnäckige Fortleben des Blairismus in der Sozialdemokratie ihre Weiterentwicklung.

HARTNÄCKIGKEIT DES DRITTEN WEGS

In seinem Selbstbild stellt der »Dritte Weg« die angemessene Erneuerung der Sozialdemokratie für das 21. Jahrhundert dar, die sowohl den harten Neoliberalismus als auch den angeblich überzogen etatistischen Wohlfahrtsstaatskurs der traditionellen Sozialdemokratie überwindet. Als Synthese beider Wege entwickle der »Dritte Weg« eine konfliktfreie Politik der Mitte für alle und weist die politische Links/rechts-Unterscheidung der Vergangenheit zu. Bei Betrachtung der politischen Projekte, die vom »Dritten Weg« ausgegangen sind, erscheint im Kern (d.h. neben der Thematisierung einiger tatsächlich in der »traditionellen Sozialdemokratie« vernachlässigter Themen) eine Interpretation neoliberaler Globalisierungsprozesse (Standortwettbewerb, Marktliberalisierung, Arbeitsflexibilisierung etc.) als Naturgewalten (Rossow 2011), denen gegenüber die Aufgabe von Politik in der Moderierung sozialer Ansprüchen nach unten besteht. Die Vermittlung dieses politischen Passivismus mit der sozialdemokratischen Tradition gelingt letztlich nur mittels einer rhetorischen Verbindung inhärenter Widersprüchlichkeiten (»social justice and economic dynamism«) und der Behauptung der Gleichheit angeblicher wirtschaftlicher Erfordernisse mit nationalen Interessen oder Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit (Fairclough 2000).

Die Entstehungsbedingungen der Phase des »Dritten Wegs«, die seine Hartnäckigkeit erklären können, werden häufig nur als äußere Einflüsse beschrieben, die die politi-

schen Spielräume im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus nach den Krisen der 1970er Jahre und im Zuge der Errichtung einer neoliberalen Hegemonie durch konservative Regierungen einschränkten (Hay 1999, Mouffe 2005, 2007, Crouch 2011). In den sozialdemokratischen Parteien wirkten sich diese Einflüsse gemeinsamen mit sozialstrukturellen Veränderungen in Form neuer Mitgliederstrukturen, in denen die auf der Strecke gebliebenen ungelerten ArbeiterInnenmilieus untergeordnet wurden, sowie neuer FunktionärInnenstrukturen, die von der sozialen Basis der Parteien stärker distanziert waren, aus (Walter 2010). Diese neuen Bedingungen führten spätestens in den 1980er Jahren zu einer Krise der traditionellen Parteiverhältnisse und entsprechendem Reformdruck.

Es gehört zum Mythos des Blairismus, sich als einzige mögliche Antwort auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu präsentieren. Sein Einsatz, der ausgehend von Großbritannien und Tony Blairs Wahlsieg 1997 Europas Sozialdemokratien eroberte, beruhte dabei auf der Strategie, dass nur die Limitierung der Interessen, Bedürfnisse, Ansprüche und Forderungen der traditionellen Basis der Sozialdemokratie Erfolge versprechen könnte (Bailey 2009).

Die Hartnäckigkeit des Blairismus erklärt sich nicht alleine durch äußere gesellschaftliche Bedingungen (etwa durch die dynamisierte, globalisierte Wirtschaft), sondern muss auch die strategischen Entscheidungen sozialdemokratischer Parteien in den Blick nehmen. Parteien (zumindest die sozialdemokratischen Massenparteien) sind nicht passiv reagierende Einheiten, sondern in der Regel strategisch handelnde Organisationen, die sich aus mehreren Flügeln, Organisationsteilen und Positionen zusammensetzen und denen durchaus mehrere strategische Optionen offen stehen. Die Hartnäckigkeit des Blairismus ist die Hartnäckigkeit einer Strategie – eben der Vorstellung von der Notwendigkeit und Unausweichlichkeit der Anspruchsbegrenzung der eigenen sozialen Basis, auf der der beschönigende Diskurs des Blairismus in seinen verschiedenen Facetten aufbaut. Die Überwindung der gegenwärtigen

gen politischen und ideologischen Krise der Sozialdemokratie bedarf nicht einfach nur der Überwindung eines bestimmten Diskurses, sondern der grundsätzlichen Herangehensweise an die Repräsentation der Interessen und der Lage der eigenen sozialen Basis.

ELEMENTE FÜR EIN NEUES POLITISCHES PROJEKT

Die soziale Frage steht wieder auf der Tagesordnung. Die auf Austerität beruhenden Krisenlösungsstrategien in Europa zur Aufrechterhaltung der finanzgetriebenen Akkumulationsweise haben die soziale Ungleichheit weiter verschärft. In Ländern wie Großbritannien und Deutschland haben die Konservativen in der Krise sehr rasch die Sprache des sozialen Ausgleichs gewählt, um dem Wegbrechen der Mittelschichten aus dem neoliberalen Konsens zu begegnen. Die sozialdemokratische Thematisierung von Ungleichheit fand dagegen nicht nur zu spät, sondern in einer von den Konservativen nicht deutlich zu unterscheidenden Weise statt, da aus ihr keine erkennbaren neuen politischen Projekte hervorgingen. Für ein solches Projekt bieten sich zumindest folgende drei Aspekte an:

(1) Absage an die Marktlogik: Die Akzeptanz neoliberaler Globalisierung als unveränderbarer ökonomischer Konstante führte bei der blairistischen Sozialdemokratie zur Strategie der Begrenzung der Ansprüche ihrer traditionellen sozialen Basis. Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit müssen sich demzufolge in die Erfordernisse einer dynamisierten Weltwirtschaft einschreiben. Heute lässt sich feststellen, dass die Befriedigung der kurzfristigen Kapitalinteressen – die ihren Ausdruck bspw. im innereuropäischen Standort- und Steuerwettbewerb sowie in der Ausweitung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den EU-Ländern fand – nicht zu einer ökonomisch klugen, auf Stabilität ausgerichteten Wirtschaftspolitik beigetragen hat, sondern vielmehr in ein waghalsiges Unternehmen der Übertragung wirtschaftlicher Lenkung an die Finanzmärkte führte. Die Krise und die Notwendigkeit des Einsatzes eines staatlichen Interventionismus demonstrierten, dass öko-

nomische Stabilität vielmehr auf die Bekämpfung der kurzfristigen Kapitalinteressen angewiesen ist – das betrifft nicht nur die Regulierung der Finanzmärkte, sondern in erster Linie ihre Reduktion durch Umverteilung von den Vermögen und Finanzmärkten nach unten sowie durch Begrenzung ihrer Zuflüsse. Dies würde die notwendigen Bedingungen für alternative Wirtschaftspolitiken, die unter den Stichwörtern des »(Green) New Deal« Beschäftigungsimpulse und ökologische Maßnahmen zu kombinieren versuchen, schaffen.

(2) Linke und rechte Politiken in Konfrontation bringen: Entgegen der blairistischen Vorstellung, politische Unterschiede zwischen links und rechts sollten zugunsten der Idee der universellen Vertretung aller sozialen Gruppen entthematisiert werden, muss sozialdemokratische Politik wieder deutlich links der Mitte angesiedelt werden. Die Vorstellung einer nicht-konfrontativen Politik der Mitte ist mit der Herstellung sozialer Gerechtigkeit und einer Verbesserung der Lebensverhältnisse für die breite Mehrheit der Bevölkerung heute weniger denn je vereinbar. Symbolische Maßnahmen werden für die Bekämpfung sozialer Ungleichheit nicht ausreichen, sondern bedürfen, noch dazu in Zeiten enger ökonomischer Spielräume, einer klaren Identifizierung der Ursachen für wachsende soziale Spaltung und in weiterer Folge unterschiedener Umverteilungspolitiken zur Stärkung der sozialen Infrastruktur.

(3) Aufgabe der Mittelschichtorientierung: Der »Dritte Weg« umfasst eine (bereits vom Thatcherismus aufgebrachte) Vorstellung der Sozialstruktur, in der die Mittelschichten als soziales Zentrum und Bevölkerungsmehrheit konstruiert werden. Daneben existiere eine sehr kleine Elite von Superreichen, die bestimmte gesellschaftliche Verantwortungen tragen würden und in diesen Verantwortungen unterstützt, eventuell auch durch positive Anreize ermutigt werden müssten, sowie eine Gruppe »Ausgeschlossener«, die durch eigenes Unvermögen und Resistenzen gegenüber Arbeits- und Bildungsprogrammen in die Position der »Unterschicht« gelang-

ten und denen durch negative Anreize (disziplinierende Aktivierung) geholfen werden müsse, damit sie zur angeblichen Bevölkerungsmehrheit der Mittelschichten aufschließen können (Jones 2011, Mouffe 2005). Der Mittelschichtsmythos behindert eine sinnvolle Analyse der tatsächlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse der sozialen Basis sozialdemokratischer Parteien und ermöglicht erst das Eindringen der neoliberalen Leistungsträgerideologie. Die ArbeiterInnenklasse im weiteren Sinne hat in den letzten Jahrzehnten viele Transformationen durchlaufen – Ausdifferenzierung, Schrumpfung der Industrie, Aufstieg des Dienstleistungssektors, Feminisierung und Migrantisierung der Arbeit, Erosion des Normalarbeitsverhältnisses etc. –, die von der Sozialdemokratie nicht gerade ausreichend erfasst worden sind bzw. kaum in den Parteien Niederschlag fanden.

Die Sozialdemokratie speiste ihre politische Kraft lange Zeit aus der genauen Kenntnis der Lebensbedingung der arbeitenden Bevölkerung und dem Fokus auf deren Verbesserung. Um die Strategie der Limitierung der arbeitenden Bevölkerung in eine Strategie zur realen Verbesserung ihrer Lebenssituation zu verwandeln, wäre dies wieder ein wichtiger Anfang. 

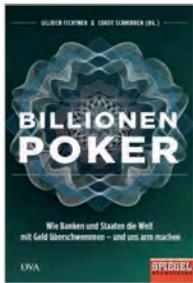
ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.

Literatur

Bailey, David J. (2009): *The Political Economy of European Social Democracy. A critical realist approach*; London: Routledge. | **Butzlaff, Felix / Micus, Matthias** (2011): *Mao in Berlin? Die SPD auf der Suche nach einem neuen Projekt*; in: dies. und Franz Walter (Hg.): *Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand*; Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; 11-30. | **Crammé, Olaf / Diamond, Patrick** (eds.) (2012): *After the Third Way. The Future of Social Democracy in Europa*; London: I.B. Tauris. | **Crouch, Colin** (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*; Berlin: Suhrkamp. | **Fairclough, Norman** (2000): *New Labour, New Language?* London: Routledge. | **Gabriel, Sigmar** (2011): *Neuen Fortschritt wagen!*; in: *Zukunft* 4/2011. | **Hay, Colin** (1999): *The political economy of New Labour. Labouring under false pretences?* Manchester: Manchester University Press. | **Jones, Owen** (2011): *Chavs. The Demonization of the Working Class*; London: Verso. | **Miliband, Ed** (2011): *Abdruck der Parteitagrede 2010* in »The Guardian« vom 14.01.2011. | **Mouffe, Chantal** (2005): *Exodus und Stellungskrieg. Die Zukunft radikaler Politik*; Wien: Turia und Kant. | **Mouffe, Chantal** (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*; Ffm: Suhrkamp. | **Nachtwey, Oliver** (2009): *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*; Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. | **Rossow, Holger** (2011): *Globalismus und New Labour. Zur diskursiven Konstruktion von Globalisierungsprozessen im Großbritannien der Blair-Ära*; Bielefeld: transcript. | **Walter, Franz** (2010): *Vorwärts oder abwärts? Zur Transformation der Sozialdemokratie*; Berlin: Suhrkamp. | **Weßels, Bernhard** (2010): *Was ist dran an der These vom Ende der Sozialdemokratie? Eine empirische Analyse der Wahlergebnisse und Wählerprofile sozialdemokratischer Parteien in Europa in den letzten zwanzig Jahren*; Berlin: FES.

Milliarden, Neuronen & Cortison



U. Fichtner / C. Schnibben (Hg.) BILLIONENPOKER

Ullrich Fichtner und Cordt Schnibben haben die Kreditschwemme von ihren Anfängen in den USA über ihre weltweite Ausbreitung, über die Schuldenkrise in Griechenland bis hin zu den Billionenkrediten der Europäischen Zentralbank, jahrelang verfolgt. Entstanden ist eine akribische Gesamtschau eines Geldbebens, das die Bürger ärmer macht, die Märkte mächtiger und die Politik noch machtloser.

DVA, 304 Seiten, 20,60 Euro



Gabriele Goettle DER AUGENBLICK

»Der Augenblick« – das sind Reisen in den unbekanntten Alltag von sechsundzwanzig Frauen, wie wir ihn so nur selten erzählt bekommen. Gabriele Goettle geht von der Selbstverständlichkeit aus, mit der sich Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen behaupten, sie interessiert sich für ihr Wissen, für ihre Lebenserfahrung, für ihre Besonderheit.

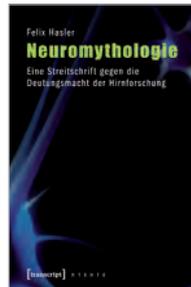
KUNSTMANN, 400 Seiten, 23,70 Euro



Lea Haller CORTISON

Wie kam es dazu, dass ein Hormon zur Therapie einer Reihe chronischer Krankheiten eingesetzt wird? Das Buch zeichnet die Konstellationen und Problemlagen nach, die das Entstehen von Cortison ermöglicht haben: das Aufkommen der Hormontheorie um 1900, die Ersatztherapie der Zwischenkriegszeit, die Vision optimierter Körper im 2. Weltkrieg und die These der Adaptationskrankheiten in der Nachkriegszeit.

CHRONOS, 280 Seiten, 31,70 Euro



Felix Hasler NEUROMYTHOLOGIE

Alle machen Hirnforschung. Kaum eine Wissenschaftsdisziplin kann sich wehren, mit dem Vorsatz »Neuro-« zwangsmo-
dernisiert und mit der Aura vermeintlicher experimenteller Beweisbarkeit veredelt zu werden. Felix Haslers Essay ist eine Streitschrift gegen den grassierenden biologischen Reduktionismus und ein Plädoyer für Neuroskepsis statt Neurospekulation.

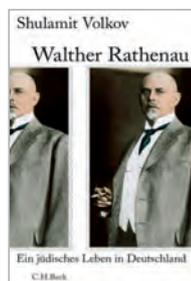
TRANSCRIPT, 264 Seiten, 23,70 Euro



Bastian Hein ELITE FÜR VOLK UND FÜHRER?

Die Schutzstaffel der NSDAP war die gewalttätigste Terrororganisation des NS-Regimes. Sie sollte nach dem Willen Hitlers und Himmlers die »rassische« Elite des Nationalsozialismus sein. 1939 hatte der »Schwarze Orden« rund 200.000 Mitglieder. Etwa 90 % von ihnen gehörten zur Allgemeinen SS, aus der der Kern der Konzentrationslager-SS und viele der späteren SS-Kriegsverbrecher hervorgingen.

OLDENBOURG, 356 Seiten, 40,70 Euro



Shulamit Volkov WALTHER RATHENAU

In dieser Biografie bietet Shulamit Volkov eine Analyse der komplexen Persönlichkeit Walther Rathenaus. Eindrucksvoll beschreibt sie, wie Rathenaus Judentum zunehmend zum Ziel für die antisemitischen Eliten des deutschen Reichs und Gegenstand des fanatischen Hasses der extremen Rechten in der Weimarer Zeit wurde, die schließlich vor der Ermordung des Außenministers nicht zurückschreckten.

C.H. BECK, 250 Seiten, 23,70 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Hunde, gute Schulen & Krieg



Jean Rolin
EINEN TOTEN HUND IHM NACH

In einem turkmenischen Dorf am Kaspiischen Meer entgeht Rolin nur knapp einem Angriff verwilderter Hunde. Ein traumatisches Erlebnis und Grund genug für den unermüdlich reisenden Jean Rolin, weltweit ihren Spuren nachzugehen.

Entstanden ist eine literarische Reportage über das weltweite Auftreten verwilderter Hunde, dieser »Begleiterscheinung von Niederlage und Verzweiflung«.

BERLIN VERLAG, 350 Seiten, 25,70 Euro



Richard Yates
EINE GUTE SCHULE

Das Porträt eines Jungen, der seinen Platz in der Gesellschaft noch finden muss: William Grove, fünfzehn Jahre alt und gerade als Stipendiat an der Dorset Academy angenommen, wird schnell der Stempel des Außenseiters aufgedrückt.

Mit diesem »Zigeuner« möchte keiner der Jungen im Internat etwas zu tun haben. Denn Grove kann nicht verbergen, dass er aus proletarischen Verhältnissen stammt.

DVA, 240 Seiten, 19,99 Euro



Dalton Trumbo
UND JOHNNY ZOG
IN DEN KRIEG

Joe Bonham kommt in einem Krankenhaus zu sich. Seine Erinnerungen kehren zurück. Erinnerungen an die Schlachtfelder des 1. Weltkriegs, an die Familie, die erste Liebe, die Zeit vor dem Krieg.

Dieses Manifest gegen den Krieg erschien erstmals am 3. 9. 1939 und gilt neben »Im Westen nichts Neues« als der moderne Klassiker der Antikriegsliteratur.

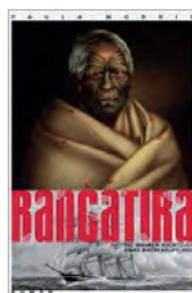
ONKEL & ONKEL, 232 Seiten, 25,80 Euro



Charles D'Ambrosio
MUSEUM FÜR TOTE FISCHE

Es gibt kaum eine Figur in Charles D'Ambrosios Kurzgeschichten, deren Herz nicht gebrochen wäre – das des erfolgreichen Drehbuchautors, der sich in der Psychiatrie verliebt, das des Schriftstellers, der als Handwerker in der Pornofilmproduktion gelandet ist, das des reichen Erben, der im Indianerreservat an der Pazifikküste die Asche seines Großvaters verstreuen will.

BERLIN VERLAG, 304 Seiten, 23,70 Euro



Paula Morris
RANGATIRA

Paula Morris erzählt aus dem Leben ihres Vorfahren Paratene Te Manu, einem maorischen Häuptling und Adligen. Ende des 19. Jahrhunderts sitzt Paratene für ein Porträt Modell. Dabei erinnert sich der alte Maori-Häuptling an eine Reise nach

England, die er gemeinsam mit anderen hochrangigen Maoris unternahm. Und erinnert sich an die Sensationslust der Massen, die nicht den Menschen, sondern nur den Wilden in ihm sehen.

WALDE + GRAF, 272 Seiten, 23,60 Euro



Peter Handke / Siegfried Unseld
DER BRIEFWECHSEL

Über einen Zeitraum von mehr als 35 Jahren besprachen Peter Handke und Siegfried Unseld das ihnen Wichtigste schriftlich: die Literatur, die Bücher, unterrichtete der Autor den Verleger von seinen Vorhaben, hielt Unseld schriftlich seine Eindrücke über die neuen Manuskripte fest, diskutierten beide Erscheinungstermin und Ausstattung von Büchern, Publikationsstrategien und Kritikerrezensionen.

SUHRKAMP, 798 Seiten, 39,95 Euro

Den sozialen Wohnbau ausweiten!

Die Finanzkrise geht in ihr sechstes Jahr und ist nach wie vor nicht überwunden. Ihre sozialen Folgen, vor allem der Anstieg der Zahl der Arbeitslosen um 10 Mio. in der EU, werden uns noch lange beschäftigen. Bereits jetzt lassen sich einige Lehren ziehen, auch für die österreichische Diskussion:

- Nicht ausreichend regulierte und zu große Banken- und Finanzsysteme und zu große Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen führen zu wirtschaftlichen Krisen.
- Die Regulierung der Märkte, die Bekämpfung von Ungleichheit und Arbeitslosigkeit sind nur durch bessere Kooperation auf EU-Ebene erfolgversprechend, dafür ist aber ein wirtschafts- und sozialpolitischer Kurswechsel notwendig.
- Das auf dem Umlageverfahren basierende Modell der sozialen Pensionsversicherung erweist sich als stabiler und nachhaltiger als kapitalgedeckte private Finanzierungsmodelle.
- Österreich ist auf der Basis eines gut entwickelten Sozialstaates, eines gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Systems von Kollektivvertragsverhandlungen und einer relativ starken industriellen Basis relativ gut durch die Krise gekommen.

In einem spezifischen Bereich hat sich das österreichische Modell in der Krise als besonders überlegen erwiesen. In den USA, Großbritannien, Spanien oder Irland überließ die Politik die Schaffung von Wohnraum den privaten Märkten und griff selbst nur ein, um auch Haushalten im unteren und mittleren Einkommensbereich die Aufnahme von hypothekarisch besicherten Darlehen und damit den Erwerb von Wohnraum zu ermöglichen und das steuerlich zu begünstigen. Dieses Modell ist wohnungspolitisch gescheitert und hat zu spekulativen Blasen auf den Immobilienmärkten mit gesamtwirtschaftlich verheerenden Folgen beigetragen.

In Österreich wurde ein ganz anderer Weg eingeschlagen. Der Staat greift über Mietenregulierung, öffentlich geförderten Wohnbau und Wohnbeihilfen in den Markt ein, um eine Grundversorgung der Bevölkerung mit leistbarem Wohnraum zu gewährleisten. Auch bei uns wurden in den letzten Jahren Fehler gemacht, wie etwa die Privatisierung der gemeinnützigen Bundeswohnbaugesellschaften, die zu starke Lockerung der Mietzinsobergrenzen, die Vergabe von Förderungen für Eigentumswohnungen und der Anstieg der Eigenmittelerfordernisse, die oft den untersten sozialen Schichten, darunter vielen Ausländerfamilien, den Zugang zum geförderten Wohnbau verwehrten. Doch insgesamt erwies sich das österreichische System der Steuerung von Wohnungsangebot und Preis als sozialer und nachhaltiger als jenes anderer Länder.

Allerdings droht aufgrund der Aufhebung der Zweckbindung der Wohnbaufördermittel in Kombination mit Budgetkonsolidierung in den Bundesländern nun ein markanter Rückgang des Neubaus im sozialen Wohnbau. Gleichzeitig wächst aber die Bevölkerung vor allem in Ostösterreich kräftig. Sinkendes Angebot und steigende Nachfrage treiben die Mieten im privaten Altbau rasch nach oben. Die Wohnkosten sind für so manche Junge und Zugewanderte immer weniger leistbar.

Auf Basis des bewährten österreichischen Modells gibt es nur eine vernünftige Lösung für die wachsenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt: Der Neubau geförderter Wohnungen muss erheblich aufgestockt werden. Das ist angesichts der knappen öffentlichen Kassen nicht einfach. Doch gleichzeitig verschuldet sich die öffentliche Hand derzeit so günstig wie noch nie. Eigentlich ein guter Zeitpunkt, um sinnvoll zu investieren. 

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft & Statistik der AK Wien.

